

20/1998

Wir dürfen die Lehren der Geschichte nicht vergessen

Bundeskanzler Helmut Kohl zum Gedenken an den 17. Juni 1953

Am 17. Juni hat sich zum 45. Mal der Tag des Volksaufstandes in der DDR gejäht. Wir gedenken jener tapferen Männer und Frauen, die damals gegen Willkür und Unterdrückung aufbegehren. Die Menschen wollten schon damals Einigkeit und Recht und Freiheit. Aber das SED-Regime hat diesen Protest mit Unterstützung von sowjetischen Panzern brutal niedergeschlagen. Nicht wenige verloren dabei ihr Leben. Wir werden dies niemals vergessen.

Das Vermächtnis des 17. Juni 1953 hat sich im November 1989 erfüllt: Die Bürgerinnen und Bürger in

Wir sind den Opfern die strikte Einhaltung des demokratischen Grundkonsenses schuldig.

der damaligen DDR erzwangen von der SED die Öffnung der unmenschlichen Grenze, die unser Land jahrzehntelang geteilt und die unendliches Leid über viele Familien gebracht hatte. Unser Respekt und unsere Dankbarkeit gelten all denjenigen, die mit ihrem mutigen und entschlossenen Einsatz zur Überwindung von Unfreiheit und Unterdrückung beigetragen haben. Der Ruf „Wir sind ein Volk“ bereitete den Weg für die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Europa

Ergebnisse des EU-Gipfels in Cardiff: Helmut Kohl kämpft für Bürgernähe und gerechte Haushaltsbeiträge. Seite 4

● Parteivorsitz

25 Jahre CDU-Vorsitzender Helmut Kohl. Seite 9

● Wahlkampf

CDU-Anzeigen-Kampagne und neuer Flugblatt-Service. Seite 10

● Unvereinbarkeit

Keine Zusammenarbeit mit radikalen Kräften. Seite 23

● SPD-Kandidat

Generalsekretär Peter Hintze: 100 Tage Schröder. Seite 26

● Kurz & bündig

ARGUMENTE: Das Verhältnis der Parteien zu den Kirchen. Seite 41

● UiD Extra

Kann die PDS wie eine normale demokratische Partei behandelt werden? Gedanken zum Bundestagswahlkampf von Fritz Hähle. Innteil.

Kurz & gut

Inflationsrate zurückgegangen

Trotz der Mehrwertsteuererhöhung am 1. April ist die Inflationsrate leicht zurückgegangen. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten flachte gegenüber April um 0,1 auf 1,3 Prozent ab. Im Mai 1997 hatte die Inflationsrate noch bei 1,5 Prozent gelegen.

Zuwachs bei den Berufsschülern

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamts besuchten im Schuljahr 1996/97 rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler berufliche Schulen. Das sind 2,4 Prozent oder 60.400 mehr als im Schuljahr davor. In den neuen Ländern lag die Zuwachsrate bei 4,4 Prozent (+ 20.300) über derjenigen in den alten Bundesländern (zwei Prozent = 40.100).

Wohngeld senkt die Mietbelastung

Knapp 2,1 Millionen Menschen erhalten in den alten Bundesländern Wohngeld. In den neuen Bundesländern sind es 628.000. Das Wohngeld senkt die Mietbelastung im Westen von 38,1 auf 29,5 Prozent des verfügbaren Einkommens, im Osten von 36,7 auf 23 Prozent.

Bausparen: Baden-Württemberg und Bayern vorn

Mit einer bei den 21 privaten Bausparkassen neu abgeschlossenen Bausparsumme von 1.676 DM je Einwohner liegen die Bausparer von Baden-Württemberg vor den bayerischen, die es auf eine durchschnittliche Summe von 1.565 DM bringen. Bereits an sechster Stelle und damit über dem Bundesdurchschnitt liegt Thüringen mit 1.299 DM als erstes deutsches Bundesland.

Technologieskepsis der Linken kostet Arbeitsplätze

Die "größte Investitionsbremse in Deutschland" hat CDU-Generalsekretär Peter Hintze die SPD genannt. Daran ändere auch nichts, wenn SPD-Kan-

didat Schröder wie dieser Tage auf dem Kölner Medienforum - versucht, die Innovationsfeindlichkeit seines rot-grünen Bündnisses hinter vielen Wort-

hülsen zu verbergen. Der schlechte Sachverhalt: Es war die SPD, die alle wesentlichen Entwicklungen z.B. im Bereich der neuen Medien aufgehal-

ten und verzögert hat. Die Folge davon: Die Technologieskepsis der Linken kostet in den SPD-regierten Ländern Arbeitsplätze. Peter Hintze:

"In Schröders Niedersachsen herrscht eine doppelt so hohe Jugendarbeitslosigkeit wie im innovationsfreundlichen Baden-Württemberg."

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE NR. 20 AUF EINER SEITE

"Kein Politiker ist geeigneter als er, Deutschland in das neue Jahrhundert und in eine gesicherte Zukunft mit unseren Nachbarn zu führen."

Bernhard Vogel zu „25 Jahre CDU-Vorsitzender Helmut Kohl“

Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir dürfen die Lehren der Geschichte nicht vergessen

Am 17. Juni hat sich zum 45. Mal der Tag des Volksaufstandes in der DDR geächt. Wir gedenken jener tapferen Männer und Frauen, die damals gegen Willkür und Unterdrückung aufbegehrt. Die Menschen wollten schon damals Einigkeit und Recht und Freiheit. Aber das SED-Regime hat diesen Protest mit Unterstützung von sowjetischen Panzern brutal niedergeschlagen. Nicht wenige verloren dabei ihr Leben. Wir werden dies niemals vergessen.

Das Vermächtnis des 17. Juni 1953 hat sich im November 1989 erfüllt: Die Bürgerinnen und Bürger in der damaligen DDR erzwangen von der SED die Öffnung der unmenschlichen Grenze, die unser Land jahrzehntlang geteilt und die unendliches Leid über viele Familien gebracht hatte.

Unser Respekt und unsere Dankbarkeit gelten all denjenigen, die mit ihrem mutigen und entschlossenen Einsatz zur Überwindung von Unfreiheit und Unterdrückung beigetragen haben. Der Ruf "Wir sind ein Volk" bereite den Weg für die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

150 Jahre nach dem Zusammentritt der ersten deutschen Nationalversammlung ist uns der Jahrestag des 17. Juni 1953 eine besondere Mahnung, die fundamentale Bedeutung von Einigkeit und Recht und Freiheit für unser wieder vereinigtes Vaterland herauszustellen. Alle Demokraten sind aufgefordert, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung jeden Tag aufs Neue zu sichern.

Wir sind den Opfern die strikte Einhaltung des demokratischen Grundkonsenses schuldig.

Insbesondere müssen wir entschieden allen Tendenzen entgegenzutreten, daß Radikale wieder politischen Einfluß in unserem Land gewinnen. Wir dürfen nie die Lehren der Geschichte vergessen, daß Radikale - egal, ob von rechts oder von links - nur Unglück über unser Volk gebracht haben. Die strikte Einhaltung des demokratischen Grundkonsenses sind wir nicht zuletzt auch den Opfern der Diktaturen in Deutschland schuldig.

Stimmungswandel

Die europäische Währungsunion wird immer beliebter. Die endgültige Entscheidung über die Teilnehmerländer hat in Deutschland einen grundlegenden Wandel der Einstellung gegenüber dem EURO ausgelöst. Einer

in Paris veröffentlichten Umfrage zufolge äußerten im Mai 56 Prozent der Deutschen eine positive Einstellung zum EURO. Im März waren es nur 34 Prozent, die der neuen Währung eine gute Seite abgewinnen konnten.

Leichter Aufwärtstrend

Nach Einschätzung von Generalsekretär Peter Hintze hat die CDU erreicht, daß sich in der Bevölkerung ein Stimmungsumschwung vollzieht. Jüngste Umfragezahlen des Allensbach-Instituts zeigen, daß nur noch 27 Prozent

der Deutschen der SPD in entscheidenden Fragen eine höhere Lösungskompetenz zuschreiben als der Koalition. Gleichzeitig sind 76 Prozent der Meinung, daß der Ausgang der Bundestagswahlen noch völlig offen sei.

Fortsetzung von Seite 1

150 Jahre nach dem Zusammentritt der ersten deutschen Nationalversammlung ist uns der Jahrestag des 17. Juni 1953 eine besondere Mahnung, die fundamentale Bedeutung von Einigkeit und Recht und Freiheit für unser wiedervereinigtes Vaterland herauszustellen. Alle Demokraten sind aufgerufen, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung jeden Tag aufs Neue zu sichern.

Insbesondere müssen wir entschieden allen Tendenzen entgegenreten, daß Radikale wieder politischen Einfluß in unserem Land gewinnen. Wir dürfen nie die Lehren der Geschichte vergessen, daß Radikale – egal, ob von rechts oder von links – nur Unglück über unser Volk gebracht haben. Die strikte Einhaltung des demokratischen Grundkonsenses sind wir nicht zuletzt auch den Opfern der Diktatur in Deutschland schuldig.

Wolfgang Schäuble: Wachsam sein gegen die Verharmloser

Vierzig Jahre hat es gedauert, bis die kommunistische Diktatur wie ein Kartenhaus einstürzte. Es waren vier Jahrzehnte bitterer Unterdrückung, innerer Emigration, Rückzug in die Nischen, die das Spinnennetz des Systems übrig ließ.

Die Opfer des so oft ohnmächtigen Kampfes für Freiheit und Einheit dürfen nicht vergessen werden. Die Schicksale der Menschen, die selbst aus nichtigen Gründen als politische Gefangene in den Gefängnissen landeten, müssen immer wieder Mahnung sein für alle Deutschen, daß es in Deutschland nie wieder eine Herrschaft des Unrechts geben darf, nie wieder ein Regime, das allein auf der Macht der Bajonette gründet.

Um das auch in der Öffentlichkeit bewußt zu halten, hat der Deutsche Bundestag über den Abschlußbericht der Enquete-

Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ debattiert.

Es geht darum, den Opfern – wenn möglich – Gerechtigkeit, mindestens aber Genugtuung dadurch widerfahren zu lassen, daß wir ihrer Schicksale gedenken und daraus Lehren ziehen. Und es geht nicht minder darum, den vielen Verharmlosern, Schönrednern und Vergangenheitsverklärern, den alten wie den neuen Rattenfängern mit nicht nachlassender Entschiedenheit entgegenzutreten.

Generalsekretär Peter Hintze: Die PDS verhöhnt die Opfer

Der Aufstand und seine blutige Niederschlagung wurde zum Symbol des Kampfes gegen die SED-Diktatur wie für die Einheit unseres Vaterlandes.

Auch heute noch mischt sich in unsere Freude über die errungene Wiedervereinigung Deutschlands die Trauer über die Opfer des Widerstandes. Ihr Schicksal ist uns Vermächtnis und Auftrag zugleich. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß in Deutschland nie wieder eine Herrschaft des Unrechts errichtet werden kann.

Die PDS als SED-Fortsetzungspartei beschönigt das Unrecht, das den Menschen durch die Kommunisten jahrzehntelang angetan wurde. Sie leugnet den Unrechtscharakter der DDR und verhöhnt damit deren Opfer. Traurig ist, daß auch SPD-Ministerpräsident Höppner den Unrechtscharakter der DDR auf unerträgliche Weise verharmlost, ohne daß ihm irgendein SPD-Repräsentant von Rang und Namen widerspricht.

Ich fordere die SPD auf, ihren Weg in eine andere Republik, den sie durch ihre Hinwendung zu einer radikalen Partei wie der PDS eingeschlagen hat, zu verlassen und sich erneut zu den demokratischen Grundüberzeugungen zu bekennen, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes leiteten. ■

Ergebnisse des EU-Gipfels in Cardiff

Helmut Kohl kämpft für Bürgernähe und gerechte Haushaltsbeiträge

Am 15. und 16. Juni trafen sich die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum Abschluß der britischen Ratspräsidentschaft zu ihrem regulären Gipfel in der walisischen Hauptstadt Cardiff. Auf ihrer Tagesordnung stand ein umfangreiches Arbeitsprogramm. Wichtige Grundsatzentscheidungen über die Gestalt der Europäischen Union im 21. Jahrhundert, die im nächsten Jahr unter deutschem Ratsvorsitz anstehen, wurden vorbereitet. Im einzelnen:

● Bürgernähe und institutionelle Reformen

Nach der Verabschiedung des Amsterdamer Vertrags, des Grundsatzbeschlusses zur Einführung des Euro und nach Einleitung der Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas machte der EU-Gipfel eine „sehr gute Zwischenbilanz“ über den bisherigen europäischen Integrationsprozeß. Im Hinblick auf den weiteren Kurs der europäischen Einigung müsse man jedoch noch mehr auf Bürgernähe, föderalen Aufbau der EU und Effizienz achten. Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Präsident Jacques Chirac machten hierfür folgende Vorschläge:

Ziel der europäischen Einigung darf nicht ein zentralistischer Staat, sondern muß eine starke, handlungsfähige Europäische Union sein, die die Vielfalt der politischen, kulturellen und regionalen

Traditionen und Besonderheiten Europas bewahrt. Dafür müssen die Entscheidungen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden. Die Entscheidungsabläufe müssen für den Bürger klar nachvollziehbar und durchschaubar (transparent) sein. Örtliche, regionale und nationale Besonderheiten müssen berücksichtigt werden. Es muß zu einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten kommen. Bürokratie und Überreglementierungen müssen vermieden und, wo bereits vorhanden, wieder abgebaut werden.

Ein Sondergipfel Mitte Oktober 1998 in Wien soll entsprechende Leitlinien festlegen. Hierauf werden dann von persönlichen Beauftragten der Staats- und Regierungschefs konkrete Vorschläge zur Verabschiedung durch den EU-Gipfel im Dezember 1998 in Wien erarbeitet. Ferner wurde beschlossen, daß die noch für die EU-Osterweiterung notwendigen institutionellen Reformen (weitere Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat, Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat, Zusammensetzung der Europäischen Kommission) rechtzeitig vor den ersten Beitritten von Staaten Mittel- und Osteuropas beschlossen werden müssen.

● Gerechte Haushaltsbeiträge

Bis zu einem Sondergipfel Ende März 1999 unter deutschem Ratsvorsitz und damit

rechtzeitig vor den nächsten Europawah-
len am 13. Juni 1999 soll die Finanzie-
rung der EU für den Zeitraum 2000 bis
2006 beschlossen werden. Bei der Finan-
zierung der EU geht es vor allem um eine
Begrenzung der Nettozahlungen an die
EU aller überproportional betroffenen EU-
Mitgliedstaaten (vor allem Deutschland,
Österreich, Niederlande und Schweden)
auf 0,4 Prozent des Bruttosozialprodukts.
Die Europäische Kommission wird dazu
im Oktober 1998 einen Eigenmittelbericht
vorlegen. Bundeskanzler Helmut Kohl hat
klargestellt, daß er in dieser Frage nicht
kompromißbereit sein werde. „Das abso-
lute Ende der Fahnenstange sei erreicht.“
Auf die Dauer sei die hohe Belastung
Deutschlands, das zur Zeit mit etwa 21
Milliarden DM rund 60 Prozent des Net-
tobeitrags des EU-Haushalts leistet, nicht
zu verantworten, sagte der Bundeskanzler.
„Was ich nicht verantworten kann, das
mache ich auch nicht.“

● **Arbeitsplan zur Ausarbeitung der Reform wichtiger Gemeinschaftspolitiken**

Ebenfalls beim Sondergipfel Ende März
1999 soll die Reform der Agrar- und Re-
gionalpolitik beschlossen werden. Bei der
Agrarreform geht es um die dauerhafte
Konkurrenz- und Lebensfähigkeit der
deutschen und europäischen Landwirt-
schaft und bei der Regionalpolitik um eine
stärkere Mitsprache der Regionen und
Mitgliedstaaten bei der Verwendung der
Fördermittel. Bis zum EU-Gipfel in Wien
sollen die Innen- und Justizminister einen
Aktionsplan vorlegen, wie das im Amster-
damer Vertrag genannte Ziel, innerhalb
von fünf Jahren einen „Raum der Freiheit,
der Sicherheit und des Rechts“ aufzuba-
uen, verwirklicht werden kann.

● **Beschäftigungs- und Wachstumspolitik**

Der Gipfel von Cardiff hat die nationalen
Beschäftigungsprogramme besprochen, die
die EU-Mitgliedstaaten vorgelegt haben.
Insbesondere wurde über weitere Struktur-
reformen zur Förderung des Unternehme-
geistes, der Wettbewerbsfähigkeit, des
Wachstums und der Beschäftigung ge-
sprochen. Beim nächsten regulären EU-
Gipfel in Wien werden die Staats- und Re-
gierungschefs die Erfolge der nationalen
Beschäftigungsprogramme bewerten und
Empfehlungen an die EU-Mitgliedstaaten
richten, die die Zielvorgaben der beschäfti-
gungspolitischen Leitlinien der EU nicht
erfüllt haben. Die Bundesregierung hat be-
reits heute die Leitlinien vollständig umge-
setzt. Deutschland hat sich in der EU im
Hinblick auf Wachstum und Inflation wie-
der in die wirtschaftliche Spitzengruppe
hochgearbeitet. Der Rückgang der Zahl der
Arbeitslosen in Deutschland um über
400 000 in den letzten beiden Monaten
trotz der SPD-Blockade im Bundesrat ge-
gen die Große Steuerreform macht den
Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt deutlich.

● **Außenpolitische Probleme und Finanzkrise in Asien**

Die EU-Außenminister besprachen die
Krise im Kosovo, den Krieg zwischen
Äthiopien und Eritrea, den Friedensprozeß
im Nahen Osten, die Folgen der Atomwaf-
fenversuche in Indien und Pakistan, die
Beziehungen der EU zur Türkei sowie die
Lage in Indonesien. Die Staats- und Re-
gierungschefs sprachen mit Präsident
Nelson Mandela über die aktuelle Situa-
tion in Südafrika. Die EU-Finanzminister
erörterten die Finanzkrise in Asien nach
dem weiteren Kursrückgang des japani-
schen Yen und die möglichen Folgen für
Europa und die Weltwirtschaft. ■

Deutsche Wirtschaft erteilt Absage an rot-grüne Wirtschaftspolitik

Zum Perspektivkonzept „Für ein attraktives Deutschland in einem weltweiten Europa“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des Bundesvorstandes, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Das unter Federführung des BDI von führenden Spitzenpersönlichkeiten aus Wissenschaft, Medien und Industrie erarbeitete Perspektivkonzept ist eine eindringliche Bestätigung des wirtschafts- und finanzpolitischen Wachstumskurses der Union sowie ein „Paukenschlag“ gegen den perspektivlosen, arbeitsplatzvernichtenden Kurs rot-grüner Wirtschaftspolitik. Der Versuch von Schröder, die deutsche Wirtschaft mit einem „Schmusekurs“ ohne ein substantielles zukunftsweisendes Wirtschaftskonzept zu umarmen, ist offensichtlich gescheitert.

Die wirtschaftspolitischen Reformvorstellungen des BDI zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zur Schaffung neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze sind nahezu deckungsgleich mit dem Zukunftsprogramm der CDU: Entlastung der Bürger und Unternehmen durch die große Steuerreform, Senkung der Lohnnebenkosten, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, stärkere Ausrichtung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß sowie die Beschränkung des Staates auf seine eigentlichen Kernaufgaben, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen.

Zu Recht weist der BDI auch auf das Erfordernis von mehr öffentlichen und privaten Investitionen in Infrastruktur und neue Technologien hin. Moderne Verkehrswege sind für den Wirtschaftsstandort Deutsch-

land unverzichtbar. Mit dem Einsatz von einer Milliarde DM allein für Verkehrsweginvestitionen schaffen und sichern wir direkt und indirekt in der Bauwirtschaft und den vor- und nachgelagerten Branchen ca. 12 500 Arbeitsplätze. Hinzu kommen – je nach Art der Investition – weitere 500 bis 3 500 Arbeitsplätze, die dadurch entstehen, daß die Investitionsbedingungen für Unternehmen überall dort, wo wir in die Verkehrsinfrastruktur investieren, deutlich verbessert werden.

Dazwischen liegen Welten

Zwischen dem BDI-Perspektivkonzept und den Wahlprogrammen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegen Welten. Deutlicher hätte die Abfuhr der deutschen Wirtschaft gegenüber den konfusem Wirtschaftsvorstellungen von Rot-Grün nicht ausfallen können: Während die Union die Zukunft des Standortes Deutschland mit weitreichenden Reformen sichern wollen, rudert die SPD zurück: Rücknahme der Neuregelungen bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und beim Kündigungsschutz, Rücknahme der Rentenreform, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Einführung einer Ausbildungsplatzausgabe. Während die Wirtschaft zu Recht im Rahmen der großen Steuerreform eine Nettoentlastung von Bürgern und Unternehmen fordert, sieht das SPD-Wahlprogramm eine Nettobelastung der Wirtschaft in zweistelliger Milliardenhöhe vor. Insgesamt weist das SPD-Wahlprogramm eine Finanzierungslücke von mindestens 90 Milliarden DM bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen auf.

Der Modernisierungskurs der Bundesregierung trägt Früchte

Zu den Arbeitsmarktdaten für Mai 1998 erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstandes, Bundesminister Matthias Wissmann:

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai gegenüber dem Vormonat erneut deutlich um über 220 000 Personen zurückgegangen. Dies ist mit Abstand die stärkste Verminderung zwischen April und Mai seit der Wiedervereinigung. Damit ist die Arbeitslosigkeit erstmals seit Sommer 1995 für ganz Deutschland gegenüber dem Vorjahr kräftig gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt bei 10,9 %.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt in ganz Deutschland jetzt Anlaß zur Zuversicht. Der Modernisierungskurs der Bundesregierung und die Restrukturierungsanstrengungen der Wirtschaft tragen jetzt am Arbeitsmarkt Früchte.

In Westdeutschland ist der Durchbruch erreicht. Hier sanken die Arbeitslosenzahlen zwischen Ende April und Ende Mai um rd. 127 000. Damit ist innerhalb der letzten vier Monate die Zahl der Arbeitslosen um über 600 000 zurückgegangen!

Erfreulich ist, daß sich auch für Ostdeutschland unsere Erwartungen bestätigen: Erneut sank auch hier die Zahl der Arbeitslosen, und zwar um rd. 97 000 Personen. Dieser Rückgang ist wesentlich kräftiger als für die Jahreszeit üblich. Die Arbeitslosenquote ist gegenüber Februar um 3,2 % gesunken und liegt jetzt bei 18,1 %. Damit ist auch in den neuen Bundesländern Licht am Ende des Tunnels sichtbar. Es kann davon ausgegangen werden, daß – wenn auch mit einiger Zeitverzögerung – auch hier eine deutliche Trendwende bevorsteht.

Jetzt macht sich unser konsequenter Re-

formkurs zur Sicherung des Standortes Deutschland und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bezahlt.

Bei dieser Entwicklung handelt es sich nicht um ein arbeitsmarktpolitisches Strohfeuer, sondern sie wird gestützt durch ein kräftiges, gesundes Wirtschaftswachstum. Im ersten Quartal dieses Jahres hat das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % zugenommen. Zu dieser günstigen Konjunktorentwicklung trägt – wie von uns erwartet – nicht mehr nur der Export, sondern zunehmend auch die Inlandsnachfrage bei. Da die neuen Bundesländer mit einem Wachstum von 4 % sogar leicht über dem Wachstum der alten Länder liegen, wird unsere Erwartung bestätigt, daß im Sommer auch in den neuen Ländern die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt einsetzen wird.

Vermittlungsoffensive

Mit rd. 500 000 hat sich die Zahl der offenen Stellen in Gesamtdeutschland gegenüber dem Vorjahr nahezu vervierfacht. Auch in Ostdeutschland ist die Zahl der offenen Stellen in den letzten Monaten kontinuierlich gestiegen und ist jetzt mit rd. 100 000 nahezu doppelt so hoch wie im Mai 1997. Auch dies deutet auf eine kräftige Belebung des Arbeitsmarktes hin. Allerdings ist jede unbesetzte Stelle eine zuviel!

Jetzt muß alles dafür getan werden, daß diese Stellen auch besetzt werden. Was wir brauchen, ist eine Vermittlungsoffensive sowohl der staatlichen Arbeitsämter als auch der privaten Vermittler. ■

CDU-Generalsekretär Peter Hintze
und CSU-Generalsekretär Bernd Protzner:

CDU und CSU über Wahlplattform einig

Die Union wird mit drei Schwerpunktthemen gemeinsam in den Wahlkampf ziehen.

Eine von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Bundesregierung der Mitte wird in den Jahren 1998 bis 2002 die wirtschaftliche Stärke unseres Landes, solide Finanzen und zukunftssichere Arbeitsplätze zum Ziel haben. In der Innenpolitik setzen wir auf einen schlanken und zugleich wehrhaften Staat, der die Bürger wirksam vor Verbrechen schützt, der äußeren Bedrohungen als verlässlicher Partner in der NATO entgegenwirkt und dessen Verwaltung den Menschen und der Entwicklung des Landes dient.

Für die Union ist die konsequente Fortsetzung des Aufbaus Ost Herzens-

sache. Die Entwicklung der neuen Länder hin zu einer selbsttragenden Wirtschaft hat für die Union absolute Priorität. Die Union ist die große Kraft der Einheit in Deutschland.

Völlig übereinstimmend

Zeitungsberichte über angebliche Streitpunkte sind definitiv falsch. Im Ausländerrecht paßt zwischen CDU und CSU kein Blatt Papier. Die Positionen sind völlig übereinstimmend. Alle Fragen sind einvernehmlich geregelt.

Die Wahlplattform wird zum Thema Innenpolitik am Dienstag, dem 28. Juli, in München vorgestellt. Das Thema Aufbau Ost werden wir am Montag, dem 3. August, in Schwerin vorstellen. Die Bereiche Wachstum und Beschäftigung werden am Mittwoch, dem 12. August, in Bonn vorgestellt.

EURO-Einführungsgesetz verkündet

Am 15. Juni ist das Gesetz zur Einführung des EURO im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Der Großteil der Bestimmungen tritt am 1. Januar 1999 in Kraft, einige Regelungen jedoch schon sofort.

Das Gesetz ergänzt die gemeinschaftsrechtlichen Regelungen über den Übergang in die dritte Stufe der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und öffnet die deutsche

Rechtsordnung schon für die Übergangszeit vom 1. Januar 1999 bis zum 31. Dezember 2001 für den EURO. Durch zahlreiche Änderungen bestehender Geetze, beispielsweise auf dem Gebiet des Zivilprozeßrechts, des Gesellschaftsrechts, des Bilanzrechts und des Börsenrechts ermöglicht und erleichtert den Bürgern und Unternehmen in weitgehendem Umfang die freie Wahl, ob sie die D-Mark oder den EURO verwenden.

Als Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat Helmut Kohl seit dem 12. Juni 1973 immer wieder die Zustimmung seiner Partei gefunden. Die Wählerinnen und Wähler haben ihm seit 1983 immer neu als Bundeskanzler, zuletzt 1994, ihr Vertrauen geschenkt. Vertrauen, das sich auf Leistung gründet und auf die Kraft seiner Vision.

In den jungen Ländern wissen wir: Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Manches, was bisher in der Zeit seiner Regierung erreicht wurde, wird inzwischen als selbstverständlich angesehen. Etwa die soziale und wirtschaftliche Stabilität, die Deutschland trotz aller anstehenden Aufgaben auszeichnet. Oder auch das außenpolitische Kapital, das Helmut Kohl in den Jahren seiner Kanzlerschaft

angesammelt und vermehrt hat. Kein deutscher Politiker in diesem Jahrhundert genießt mehr Ansehen in der Welt als er.

Daß Deutschland mit Einverständnis all unserer Nachbarn und der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs vereint werden konnte, das ist seine Leistung, die nie in Vergessenheit geraten wird.

Helmut Kohl erkannte die einmalige Chance zur Einheit und ist den Weg konsequent und unbeirrbar gegangen; allen Fährnissen und Widrigkeiten zum Trotz.

Und er ist bis zum heutigen Tag der, der sich für unsere besonderen Aufgaben und Probleme in den jungen Ländern engagiert wie kein anderer.

Helmut Kohl muß die Einheit nicht aus Mangel an bisherigem Engagement, aus Desinteresse oder aus Ortsunkennntnis zur „Chefsache“ erklären, sie

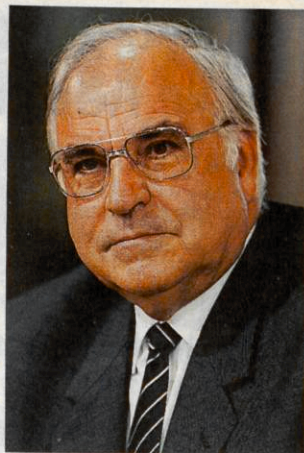


Foto: vario-press

ist ihm Herzanliegen. Er genießt Vertrauen, das in der Gewißheit gründet, daß er die Kraft zur Verwirklichung der Vision hat,

die innere Einheit Deutschlands zu vollenden und die Integration Europas zu erreichen.

Kein Politiker ist geeigneter als er, Deutschland in das neue Jahrhundert, in das nächste Jahrtausend und in eine gesicherte Zukunft im Frieden mit unseren Nachbarn zu führen.

25 Jahre CDU-Vorsitzender Helmut Kohl

Von Ministerpräsident
Bernhard Vogel

CDU-Anzeigen-Kampagne und neuer Flugblatt-Service

Die CDU Deutschlands hat am Montag, den 15. Juni in „BILD“ eine Anzeigen-Kampagne gestartet. Jeweils montags, mittwochs und freitags werden dort in den kommenden

Schaukästen und andere Stellen können in diesen vier Wochen ebenfalls genutzt werden, unsere Botschaften zu verbreiten. Wo es möglich ist, können die Anzeigen auch in

in: Bild vom Montag, den 15. Juni

Im Mai 223.000 neue Stellen CDU

Bei uns sind die Preise stabil CDU

Stabile Preise sind gut für alle. Die Anzeigenpreise sind gering, stabil und werden nicht erhöht. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant.

Stabile Preise sind gut für alle. Die Anzeigenpreise sind gering, stabil und werden nicht erhöht. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant.

Stabile Preise sind gut für alle. Die Anzeigenpreise sind gering, stabil und werden nicht erhöht. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant.

Stabile Preise sind gut für alle. Die Anzeigenpreise sind gering, stabil und werden nicht erhöht. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant.

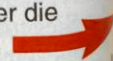
Stabile Preise sind gut für alle. Die Anzeigenpreise sind gering, stabil und werden nicht erhöht. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant.

Stabile Preise sind gut für alle. Die Anzeigenpreise sind gering, stabil und werden nicht erhöht. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant. Ein Preiserhöhung ist nicht geplant.

vier Wochen kurze, merkfähige Botschaften geschaltet, die einen positiven Aspekt unserer Politik ins Bewußtsein rufen.

Bundesgeschäftsführer Christian Dürig: Die Gliederungen der Partei können erheblich zur Optimierung dieser Anzeigen-Kampagne beitragen. Der von den Mitgliedern getragene „Mundfunk“ sollte darauf hinwirken, daß unsere Botschaften von möglichst vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wahrgenommen werden.

der lokalen Presse geschaltet werden.

Die Bundesgeschäftsstelle wird zu jeder Anzeige ein thematisch passendes Flugblatt herausgeben, das in vielfältigen Kleinaktionen unter die Leute gebracht werden kann. 

Die Flugblattvorlage kann als repro-fähige Druckvorlage im PDF-Format aus KomSys unter dem Stichwort „Flugblätter“ bezogen werden.

Im Mai 223.000 neue Stellen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert: Im Mai waren 223.000 Menschen weniger arbeitslos als im April. Dies ist der mit Abstand stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit in einem Mai seit der Wiedervereinigung! Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote liegt mit 10,9 Prozent erstmals seit Ende 1996 unter 11 Prozent.

X In Westdeutschland waren 127.000 Menschen weniger arbeitslos - die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 9,1 Prozent.

X In Ostdeutschland waren 97.000 Menschen weniger arbeitslos - die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 18,1 Prozent.

Die Unternehmen stellen ein:

X Den Arbeitsämtern wurden im Mai 123.000 offene Stellen gemeldet, der Bestand beträgt nun 484.000. Da aber nur etwa jede dritte freie Stelle den Arbeitsämtern gemeldet wird, schätzt die Bundesver-

einigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Zahl der offenen Stellen auf 1,3 bis 1,5 Millionen.

X Die Elektroindustrie rechnet mit 25.000 bis 30.000 neuen Arbeitsplätzen in diesem Jahr.

X Die Informationswirtschaft plant für 1998 rund 90.000 zusätzliche Stellen.

X Der Maschinen- und Anlagenbau plant die Einstellung von 20.000 neuen Mitarbeitern.

X Die Automobilindustrie beschäftigt derzeit 43.000 Mitarbeiter mehr als Ende 1996.

Die CDU hat mit ihrer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzung für den Aufschwung geschaffen.

Neuer Aufschwung - Neue Arbeit

CDU

Beginn eines nicht mehr umkehrbaren Prozesses

Bereits im Januar 1990 spitzte sich die dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Situation der DDR weiter zu, der deutlich sichtbare Auflösungsprozeß war nicht mehr aufzuhalten. Einziger Ausweg war eine Währungsreform mit der zügigen Einführung der DM.

Damit wurden weitreichende Reformen unausweichlich: Finanzverfassung, Preisbildung und das gesamte Kredit- und Geldwesen unterschieden sich in der vormals zentral dirigierten Wirtschaft. Besonders betroffen vom Übergang der Zentralverwaltungswirtschaft in ein marktwirtschaftliches System waren die Bedingungen für unternehmerisches Handeln.

Dennoch entsprach dieser Wechsel den ausdrücklichen Forderungen der Bevölkerung in der damaligen DDR.

Die Einführung der DM war der Beginn eines unumkehrbaren Prozesses zur Herstellung der deutschen Einheit und letztlich das politisch entscheidende Signal.

Politik im Sinne der Bürger hieß für die CDU-geführte Bundesregierung, schnell zu reagieren und zu einem frühen Stichtag die Mark der DDR als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel durch die D-Mark zu ersetzen. So wurde am 18. Mai 1990 der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Ein einheitlicher Währungsraum mit der deutschen Mark als gemeinsamer Währung war geschaffen. Die Deutsche Bundesbank wurde Währungs- und Notenbank in ganz Deutschland. Mit dem Vertrag wurde zugleich ein sicheres Rechts-

fundament für die Soziale Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik gelegt, er sicherte eine einheitliche Wirtschaftsordnung.

Im Mittelpunkt der zum Teil kontrovers geführten öffentlichen Diskussion war die Frage des Umstellungskurses zwischen Mark der DDR und DM. Die Kurse, die in Wechselstuben oder auf den Schwarzmärkten gezahlt wurden, lieferten dazu

Zum 8. Jahrestag der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion

keine realistischen Anhaltspunkte. Und: Verlässliche Angaben zur Höhe der Geldforderungen und der Geldvermögensbestände der DDR fehlten ebenso wie vorangegangene Erfahrungswerte. Nur eines war klar: Mit der Währungsumstellung würden gänzlich andersartige wirtschaftliche und politische Verhältnisse gegeben sein wie davor.

Bei der Umstellung der Löhne war vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der DDR entscheidend. Auf der einen Seite galten mit dem Stichtag der Währungsumstellung einheitliche Preise für alle handelbaren und transportierbaren Güter - gebildet im Zusammenspiel der Marktkräfte der alten Bundesländer oder auf den globalen Märkten - nun auch in den neuen Bundesländern. Auf der anderen Seite hätte aber jeder eher produktivitätsorientierte Umtauschsatz schlechter als 1:1 die Lohnempfänger mit sinkenden Durchschnittseinkommen bestraft.

Die neuen Arbeitsmarktzahlen sind ein gutes Signal für Ostdeutschland

Zu den neuen Arbeitsmarktzahlen erklärte der Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger:

Die neuen Zahlen sind ein erfreuliches und gutes Signal für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Damit hat sich der hoffnungsvolle Trend vom Vormonat fortgesetzt.

Ausschlaggebend dafür ist, daß die Politik der Bundesregierung Früchte zu tragen beginnt. Dies schlägt sich nicht nur auf ein hohes Wachstum im produzierenden Gewerbe und bei produktionsnahen Dienstleistungen nieder, sondern beginnt sich auch verstärkt auf den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern auszuwirken.

Als zweites ist ausschlaggebend, daß die Umsteuerung der Arbeitsförderung durch das Arbeitsförderungsreformge-

setz (AFRG) vor allem durch zunehmende Integration von Arbeitslosen in die Wirtschaft inzwischen greift. Allein bei dem Instrument der Lohnkostenzuschüsse ist im laufenden Jahr mit rd. 150.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen.

Alle Kräfte bündeln

Allerdings wird sich diese erfreuliche Entwicklung nur dann in eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen umsetzen lassen, wenn die auf Wachstum durch Innovation, Investitionen und Verbesserung der Rahmenbedingungen ausgerichtete Politik der Bundesregierung auch in den kommenden Jahren fortgeführt wird.

Dabei ist es notwendig, die Kräfte aller Teilnehmer am Wirtschaftsleben zu bündeln. Eine Fortsetzung des Bündnisses für Arbeit in Ostdeutschland ist daher unverzichtbar.

Daher wurden die Löhne, Gehälter und andere Einkommensformen wie Stipendien, Unterhaltszahlungen oder Miet- und Pachtzinsen im Verhältnis 1:1 umgetauscht. Auch die Renten wurden grundsätzlich in diesem Verhältnis umgestellt, ungeachtet möglicher Aufstockungen, die sich aus dem westdeutschen Sozialrecht ergaben. Forderungen und Verbindlichkeiten wurden dagegen grundsätzlich im Verhältnis 2:1 umgestellt. So wurde durch die gewählte Umtauschrelation die Verschuldung halbiert. Davon profitierten die Unternehmen ebenso wie beispielsweise das Wohnungswesen. Aber auch und gerade die Wohnbevölke-

rung der DDR profitierte von der Umstellung der bis zu diesem Zeitpunkt durch erzwungenen Konsumverzicht angesparten hohen Bargeldbeträge und Bankguthaben. Durchschnittlich resultierte für die Sparguthaben ein Umstellungssatz von 1,44:1. Dabei wurde besonders an die Rentner und Rentnerinnen gedacht, da Personen ab dem 60. Lebensjahr 6 000 Mark im Verhältnis 1:1 tauschen konnten. Erst alle darüber hinausgehenden Beträge wurden zum halben Nennwert in DM umgestellt. So beinhaltete, durch den nach Altersklassen gestaffelten festen Pro-Kopfbetrag, der im Verhältnis 1:1 umgetauscht wurde, die Umstellung eine ausgeprägte soziale Komponente. ■

Die Bundeswehr ist die Armee der Freiheit und der Einheit

Die deutsche Hauptstadt war und ist Brennpunkt deutscher Geschichte, mit ihren Höhen und Tiefen. Berlin steht für Aufklärung, preußische Toleranz und hohes Dienstethos. Es hat wilhelminisches Gepränge ebenso erlebt wie das Scheitern der ersten deutschen Demokratie. Berlin litt unter Diktatur und Rassenwahn und kennt schlimmste Zerstörung und Leid.

Aber die Stadt steht auch für den aufopferungsvollen Kampf des deutschen Widerstands, der uns Ehre und Würde bewahrt hat.

Berlin weiß, was kommunistische Unterdrückung, Mauerbau und Teilung bedeutet haben. Aber mit dem Namen der Stadt verbindet sich in aller Welt auch die Erinnerung an die Tapferkeit seiner Bürger, das vitale Interesse zu Freiheit und Demokratie, die jahrzehntelange Solidarität unserer Verbündeten ebenso wie die große Freude des 9. November 1989 und des 3. Oktober 1990.

Unvergeßlicher Einsatz der Alliierten

Berlin ist erst seit wenigen Jahren Standort der Bundeswehr. Aber die Berlinerinnen und Berliner haben in den langen Jahren der Teilung gezeigt, wie herzlich sie insgesamt mit Soldaten umgehen. Dies verdanken wir vor allem unseren amerikanischen, britischen und französischen Freunden.

Vor genau 50 Jahren wurde der schreckliche Versuch unternommen, den Freiheitswillen der Menschen dieser Stadt auszuhungern. Ernst Reuter, der unvergessene Regierende Bürgermeister Berlins, appel-

lierte in diesen Schicksalstagen an die Völker der Welt:

„Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt.“

Diesen Ruf nach Freiheit beantwortete das amerikanische Volk und andere mit einer einzigartigen und beispiellosen Hilfe. Die Luftbrücke und der unvergeßliche Einsatz unserer Alliierten hat Berlin und Deutsch-

Aus der Ansprache von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe anlässlich des Feierlichen Gelöbnisses in Berlin am 10. Juni

land über mehr als vier Jahrzehnte die Freiheit gesichert.

Die Soldaten der Alliierten gingen große persönliche Gefahren ein. Nicht wenige gaben ihr Leben für die Freiheit. So kann es nur ein kleines Zeichen des Dankes sein, wenn wir am 27. Juni diesen Jahres mit einem Großen Zapfenstreich hier in Berlin an die Helden und Opfer der Luftbrücke erinnern.

Heute sind Soldaten der Bundeswehr an die Stelle unserer Freunde und Partner getreten. Wir haben zahlreiche Dienststellen und Truppenteile nach Berlin verlegt. In Zukunft werden rund 7.000 Soldaten und zivile Mitarbeiter in acht Berliner Bezirken präsent sein. Damit gehört Berlin zu den größten Bundeswehrstandorten in Deutschland. Auch dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Armee der Einheit.

Ich selbst werde im kommenden Jahr meinen zweiten Dienstsitz in Berlin einnehmen. Der Bandler-Block steht für die besten Traditionen deutscher Militärgeschichte.

Hier war die Schaltzentrale des militärischen Widerstandes. Hier wurde das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 geplant. Und hier gaben Soldaten wie Graf Stauffenberg ihr Leben für Freiheit, Recht und Menschenwürde.

17. Juni: Die Freiheit hat den längeren Atem

In wenigen Tagen jährt sich der 17. Juni 1953 zum 45. Mal. An diesem Tag wehrten sich, gerade hier in Berlin, Tausende gegen Diktatur, Unfreiheit und Fremdbestimmung. Doch das Streben nach Freiheit wurde brutal niedergeschlagen. Aber die Freiheit hat einen längeren Atem. Die Männer und Frauen des 17. Juni 1953 sind nicht gescheitert.

In der friedlichen Revolution vom November 1989 wurde vollendet, was bereits im Juni 1953 angelegt war. Die Vision des freien und ungeteilten Berlin ging in Erfüllung.

Berlin ist die Stadt der Freiheit und der Einheit. Die Bundeswehr ist die Armee der Freiheit und der Einheit. Und deshalb ist Berlin der richtige Ort für ein öffentliches Gelöbnis.

Gemeinsam dem Frieden und der Freiheit unseres Landes dienen

Das Feierliche Gelöbnis in der Öffentlichkeit ist fester Bestandteil der Kultur des demokratischen Deutschlands. Es unterliegt nicht dem Wandel des Zeitgeistes.

Es ist kein militärisches Relikt der aus der Vergangenheit, sondern bleibende Verpflichtung in Gegenwart und Zukunft.

Hier auf dem Rathausplatz sind über 300 Rekruten aus Berlin und Sachsen, aus

Bayern, Schleswig-Holstein und vielen anderen Teilen unseres Landes angetreten. Sie werden künftig Dienst an den verschiedensten Orten unseres Landes leisten – in Brandenburg und Lehnitz, in Munster und Storkow.

Noch vor wenigen Jahren waren sie durch Mauer und Stacheldraht getrennt. Heute geloben sie Seite an Seite, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

Und morgen schon werden sie gemeinsam dem Frieden und der Freiheit unseres Landes dienen.

Die Bundeswehr hat Deutsche aus Ost und West zusammengeführt. Mehr als 300.000 Wehrpflichtige aus den neuen Bundesländern haben inzwischen in der Bundeswehr gedient, viele davon in den alten Ländern.

Und umgekehrt haben viele Wehrpflichtige aus den alten Bundesländern zehn Monate ihres Lebens in den neuen Ländern verbracht. Sie alle erleben, was Streitkräfte in der Demokratie ausmacht.

Rekruten, Sie bekräftigen heute öffentlich Ihre Bereitschaft zum Dienst in der Bundeswehr und für unseren Staat. Sie bekennen, daß die Würde des Menschen unantastbar ist.

Und Sie versprechen, die Rechte Ihrer Mitmenschen zu achten und zu schützen. **Sie übernehmen** persönliche Verantwortung für Demokratie, Recht und Freiheit – als Soldaten und als Bürger.

Eid und Gelöbnis stellen uns vor eine höhere Instanz. Vor Gott und den Menschen nehmen wir eine besondere Verpflichtung auf uns. Das wiegt schwer. Es fordert den ganzen Menschen.

Sie werden versprechen, treu zu dienen. Dienen ist heute keine Selbstverständlichkeit. Es heißt, Unbequemlichkeiten, Risiken und Anstrengungen auf sich zu nehmen. Sie akzeptieren persönliche Einschränkungen und die Trennung von zu Hause. Und Sie müssen im äußersten Fall

Breit angelegte Bürgertäuschung

Noch vor ein paar Tagen hat der Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Joschka Fischer, vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Sachen NATO versucht, den Staatsmann zu mimen.

Der jüngste Auftritt von Grünen-Vorstandssprecher Trittin gemeinsam mit dem PDS-Führer Gysi **anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses in Berlin** macht deutlich, welche wahre Geisteshaltung bei den Grünen herrscht. Fischer wird nicht für die programmatische Seite sondern allenfalls dafür gebraucht, die linksfundamentalistische Haltung, deren Repräsentant Trittin ist, zu verschleiern.

Die Grünen stehen im Verbergen ihrer wahren bundespolitischen Absichten der SPD in nichts nach. Auch die So-

zialdemokraten präsentieren sich öffentlich nur zu gerne mit Gesichtern, die so etwas wie eine „neue Mitte“ darstellen sollen, während in Tat und Wahrheit ihr Programm nichts anderes enthält als die Enge einer linken Gesellschaft, der es an jeglicher Vision fehlt.

Joachim Hörster, Erster Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Selten zuvor hat es in der Geschichte der Bundesrepublik ein so breit angelegtes Manöver zur Täuschung der Bürger über politische Absichten gegeben, wie dies zur Zeit von SPD und Grünen betrieben wird. Hier wird der Weg in eine andere Republik vorbereitet, der Auftritt Trittin-Gysi in Berlin war in dieser Hinsicht wahrhaft entlarvend.

bereit sein, Ihr Leben für die Bewahrung von Frieden und Freiheit einzusetzen.

Aber Sie erleben auch Kameradschaft und Fürsorge, Gemeinschaft und Teamgeist. Sie erweitern Ihren Horizont und lernen neue Menschen kennen. Soldat sein heißt, ganz konkret etwas für die Gemeinschaft zu tun. Soldatinnen und Soldaten der hier angetretenen Verbände haben im vergangenen Sommer der Jahrhundertflut an der Oder widerstanden. Sie haben in gemeinsamer Anstrengung Menschen vor Not und Gefahr bewahrt. Sie haben gezeigt, welches Potential, welche Einsatzfreude und welcher Gemeinsinn in unseren jungen Soldaten steckt. Darauf können wir auch in Zukunft nicht verzichten.

Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr haben in Bosnien dazu beigetragen, den Frieden zu bewahren und Wiederaufbau und Versöhnung eine Chance zu geben –

Seite an Seite mit französischen, spanischen und ukrainischen Kameraden, gemeinsam mit Amerikanern, Russen und vielen anderen.

Sie bauen Brücken und schützen die Kontingente der Hilfsorganisationen. Sie bewachen die eingesammelten Waffen und kontrollieren ihre Zerstörung. Ihr Dienst ist wertvoll und wichtig – anerkannt von den Menschen in Bosnien und getragen von einem breiten Konsens in unserer Bevölkerung und im Parlament.

Ihr Dienst erinnert uns täglich daran: Deutschland ist so sicher wie nie zuvor. Aber die Bundeswehr bleibt unsere Versicherung gegen die Wechselfälle der Geschichte. Denn wer sich umschauf, weiß: Wer den Frieden in Freiheit bewahren und gestalten will, muß bereit sein, ihn zu verteidigen, wenn es nottut. Frieden gibt es nicht ohne Freiheit.

Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz am 7. bis 9. Juni in Frankfurt am Main

Mit unserer Reformpolitik zu neuen Arbeitsplätzen

Die neuesten Arbeitsmarktdaten, der Anstieg der Beschäftigung um mehr als 223.000 Menschen gegenüber dem Vormonat zeigen: der Durchbruch am Arbeitsmarkt ist geschafft.

Der wirtschaftliche Aufschwung in den alten Bundesländern läuft auf vollen Touren und hat auch die neuen Länder erreicht. Dies belegt auch die annähernde Verdoppelung der offenen Stellen gegenüber dem Vorjahresmonat.

Damit ist klar: die Situation am Arbeitsmarkt wird sich im weiteren Verlauf des Jahres 1998 weiter verbessern. Die höhere Beschäftigung und das höchste Wirtschaftswachstum seit der deutschen Einheit – 3,81 Prozent im ersten Quartal 1998, allein 4 Prozent in den neuen Ländern – bestätigen die Richtigkeit unserer politischen Entscheidungen und der Reformen in dieser Legislaturperiode: weniger Steuern, mehr Raum für Wachstum und Beschäftigung, weniger Regulierung, konsequenter Aufbau Ost.

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist für die Union eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Die Industriegesellschaft wandelt sich – vorangetrieben durch neue Informationstechnologien – immer mehr zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Im Rahmen des globalen Wettbewerbs steht unsere Gesellschaft vor neuen Herausforderungen.

Hierfür will die Union Deutschlands Stärken nutzen. Deutschland gehört zu den Wegbereitern des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts. Wir sind ein sehr erfolgreiches High-Tech-Land. Wir zählen zu den wichtigsten Technologieproduzenten der Welt. Wir sind die Nr. 1 beim Welthandel mit höherwertiger Technik. Wir sind die Nr. 1 bei weltmarktrelevanten Patenten. Die Stärken Deutschlands will die Union nutzen, um Arbeit durch neue Technologien zu schaffen.

Die Bundestagswahl am 27. September ist gerade auch beschäftigungspolitisch eine zentrale Weichenstellung: Mit der Technikfeindlichkeit von Rot-Grün würde der erfolgreich eingeleitete Aufschwung, der sich immer mehr verstärkt, abrupt abgebrochen und zunichte gemacht. Die Beschäftigungspolitik würde in die Sackgasse geraten.

Die Zukunft gehört den neuen Technologiefeldern. Hier liegt ein Schlüssel zum globalen Erfolg und ein unglaubliches Arbeitsplatzpotential. Die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen in den neuen Berufsfeldern der Bio- und Umwelttechnologie, Gentechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Mikroelektronik. Hier können in den nächsten Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Wir dürfen hier jedoch nicht in der Entwicklung stehenbleiben, sondern müssen weitere neue Technologiefelder erschließen. Rot-grüne Denkblockaden helfen hier nicht weiter.

Pioniergeist und Erfindungsreichtum sind unabdingbare Voraussetzungen für Innovation und Wachstum. Diese Fähigkeiten wollen wir unterstützen und nützen. Dazu muß gerade in den neuen Technologiefeldern jungen Unternehmen besonders ge-

holfen werden. Arbeit durch neue Technologien zu schaffen, bedeutet, daß wir Unternehmen in den neuen Technologiefeldern gute Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung geben, um ihnen so weit wie möglich bei ihrem Start zu helfen. Denn jedes dieser Unternehmen ist eine kleine Jobmaschine. Jedes erfolgreiche Unternehmen in diesem Bereich schafft neue zukunftsfrüchtige und zukunftsorientierte Arbeitsplätze.

Vieles haben wir für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch neue Technologie bereits geschafft. Aber wir dürfen nicht innehalten:

Wir wollen auch weiterhin technische Innovationen unterstützen und fördern. Ein gutes Beispiel für erfolgreiche politische Unterstützung ist die neue Spitzentechnologie des TransRapid. Hiermit schaffen wir eine neue Chance auf dem bedeutenden Wachstumsmarkt der Hochgeschwindigkeitsverkehrsmittel. Rot-Grün hingegen blockiert bis heute die zügige Fortentwicklung dieser neuen Technologie.

Wir wollen neue Möglichkeiten für Bio-, Umwelt- und Gentechnikindustrie durch erleichterte Rahmenbedingungen schaffen. Eine gute Basis haben wir bereits 1993 durch die Novellierung des Gentechnikgesetzes – gegen erhebliche Widerstände von Rot-Grün – geschaffen. Heute sind wir wieder in der Weltspitze. Rot-grün würde diese positive Entwicklung beenden.

Für den Erfolg junger Unternehmen in den neuen Technologiefeldern will die Union die Voraussetzungen noch weiter verbessern.

Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion initiierte Existenzgründungsoffensive wollen wir weiter vorantreiben. Wir wollen den Zugang zu staatlichen Förderprogrammen für Existenzgründungen noch einfacher gestalten. Hier sollen die Verfahren weiter entbürokratisiert und vereinfacht werden. Jede hier investierte Mark

ist eine gute Mark für die Arbeitsplätze in Deutschland.

Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen weiter entschlackt und vereinfacht werden, um Deutschland im internationalen Wettbewerb noch konkurrenzfähiger zu machen. Hier hat sich zwar in jüngerer Vergangenheit viel verbessert, dennoch müssen wir an diesem Thema dranbleiben. Der rot-grüne Staatszentrismus darf keine Chance mehr haben.

Die dringend notwendige Steuerreform muß endlich kommen. Auch im Interesse der Bundesländer werden wir nach der Bundestagswahl am 27. September 1998 die SPD-Steuerblockade durchbrechen. Das schärfste Schwert im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist unsere Steuerreform. Die Bundestagswahl am 27. September 1998 ist eine Richtungswahl von historischer Bedeutung. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden dabei, ob Deutschland mit der Reformpolitik der Union sicher in das 21. Jahrhundert gelangt oder mit einem Linksbündnis die Zukunftschancen verspielt.

Nationaler Stabilitätspakt

Beschluß der 16 Vorsitzenden
der CDU- und
CSU-Landtagsfraktionen

Die dauerhafte Einhaltung der Defizitgrenzen des Maastricht-Vertrages ist für die Erhaltung der finanz- und wirtschaftspolitischen Stabilität in allen Ländern Europas von entscheidender Bedeutung. Bund und Länder müssen sich der Aufgabe von Defizitbegrenzung und -abbau in unserem Land gemeinsam stellen und auch innerstaatliche Sanktionsregelungen vereinbaren.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz stellt fest, daß es aus ihrem föderalen Verständ-

nis heraus auch auf innerstaatlicher Ebene verbindlicher Regelungen bedarf. Das von Niedersachsen vorgeschlagene Modell ist deswegen untauglich, weil es in den entscheidenden Fragen nicht den Willen zum dauerhaften Abbau von Schulden enthält und insgesamt unverbindlich bleibt.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz spricht sich dafür aus, daß die zu vereinbarenden Kriterien auch den Weg zur Rückführung der Neuverschuldung beschreiben müssen, wenn nachfolgenden Generationen nicht jeglicher politischer Handlungsspielraum genommen werden soll.

Die Länder, in denen die Union Verantwortung trägt, sind willens, in einem Staatsvertrag feste Kriterien zu Defizitbegrenzung und -abbau festzulegen. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz fordert die SPD-regierten Länder auf, sich im Interesse der Erhaltung der finanz- und wirtschaftspolitischen Stabilität unseres Landes diesem Weg nicht zu verschließen. Falls sich wegen der Weigerung der SPD-regierten Länder der Abschluß eines Staatsvertrages in absehbarer Zeit nicht realisieren läßt, müssen die Bundesländer hinnehmen, daß eine bundespolitische Regelung erfolgen wird. Diese Regelung bedarf jedoch einer Änderung des Grundgesetzes.

In Kenntnis der verschiedenen derzeit diskutierten Modelle zur Vereinbarung eines Stabilitätspaktes spricht sich die Fraktionsvorsitzendenkonferenz gemeinsam mit allen der CDU und CSU angehörenden Finanzminister und -senatoren grundsätzlich für die Anwendung der im sog. „Bayern-Vorschlag“ enthaltenen Prinzipien aus. Dieses Modell ist langfristig am ehesten geeignet, unter Berücksichtigung des Gerechtigkeitsprinzips, der Leistungen und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesländer den Prinzipien der Stabilität der Währung und der Schuldenverminderung gerecht zu werden.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz ist sich bewußt, daß aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage hinsichtlich der Defizite der einzelnen Länder neben objektiven Kriterien für eine Übergangszeit eine Regelung notwendig ist, die auch vorhandene Defizite mit im Zeitablauf abnehmendem Gewicht (zukunftsorientiertes Kriterium) berücksichtigt.

Die innerstaatliche Defizitverteilung sollte im Verhältnis 60 : 40 zwischen den Ländern und dem Bund erfolgen.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz sieht in den Beschlüssen der Sonder-Finanzministerkonferenz vom 23. Oktober 1997 zur innerstaatlichen Umsetzung des Maastricht-Vertrages einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem nationalen Stabilitätspakt und fordert die SPD-regierten Länder auf, zu dem dort gefundenen Weg und den dort vereinbarten Eckpunkten zurückzukehren.

Ausländerpolitik. Vollzugsdefizite beheben

Bundesebene

1. Die Zahl der Rückübernahmeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsstaaten ist zu erhöhen. Bei ihrer inhaltlichen Ausgestaltung ist darauf zu achten, daß die bürokratischen Hürden für die Praxis möglichst gering angesetzt werden. Bei bereits bestehenden Rückübernahmeabkommen ist eine Einigung darüber zu erzielen, daß für den Nachweis der Staatsangehörigkeit bzw. der Bereitschaft der Übernahme der Ausreisepflichtigen eine unkomplizierte Glaubhaftmachung von Staatsangehörigkeit und Herkunft ausreicht. Die Herkunftsstaaten sind auf diplomatischem Weg aufzufordern, die bestehenden ver-

traglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Gegebenenfalls sollte auch mit Mitteln der Außenpolitik, z.B. bei Ausgestaltung der Wirtschafts- und Entwicklungshilfe, entsprechender Druck auf die Herkunftsstaaten ausgeübt werden.

2. Die Mobilität abgelehnter Asylanten und illegaler Zuwanderer erfordert die Ausweitung erkennungsdienstlicher Maßnahmen und deren Vernetzung auf das gesamte EU-Gebiet. Die entsprechenden Verhandlungen auf europäischer Ebene sind mit Nachdruck fortzusetzen.

3. Das Ausländergesetz ist mit dem Ziel einer zulässigen Beugehaft zu ändern. Die Höchstdauer der Beugehaft sollte entsprechend der zulässigen Höchstdauer der Abschiebehaft bestimmt werden. Dieses Ziel kann durch eine Ergänzung des § 57 AuslG (Abschiebungshaft) erreicht werden:

„§ 57 (4) Ein Ausländer ist auf richterliche Anordnung zur Erzwingung der Offenbarung persönlicher Daten, die zur Vorbereitung der Aufenthaltsbeendigung erforderlich sind, in Haft zu nehmen (Beugehaft), wenn diese Daten nicht auf andere Weise oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden können. Abs. 3 gilt entsprechend.“

In Betracht kommt daneben als Alternative die Einfügung eines § 70 1a AuslG: „Der Ausländer ist darüber hinaus verpflichtet, die persönlichen Daten, die gegebenenfalls zur Aufenthaltsbeendigung und deren Vorbereitung notwendig sind, zu offenbaren. Zur Erzwingung der Mitwirkungspflichten kann Haft angeordnet werden, jedoch nicht über die Zeit von 18 Monaten hinaus.“

4. In § 55 Abs. 2 AuslG ist klarzustellen, daß eine ausländerrechtliche Duldung dann nicht auszusprechen ist, wenn der Ausländer/Asylbewerber seine Ausweispapiere vernichtet bzw. seine Identität verschleiert.

5. § 92 Abs. 2 Ziffer 2 AuslG ist um die Alternative der Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz zu erweitern.

6. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist mit dem Ziel zu ändern, daß abgelehnten Asylbewerbern nur noch die unabwendbaren Hilfeleistungen gewährt werden. Auch Ausländer, die ihre Abschiebung verhindern, indem sie beispielsweise ihren Paß verbrannt haben, sind von einem weitergehenden Leistungsbezug auszunehmen. Die Bundesregierung folgt insoweit dem am 6. Februar 1998 vom Bundesrat verabschiedeten Gesetzentwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

7. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist zu prüfen, ob eine weitergehende gesetzliche Klarstellung erforderlich ist, um den Vorrang von der Unterstützung durch Sachleistung gegenüber der Geldleistung durchzusetzen.

8. Das Ausländergesetz ist mit dem Ziel zu ergänzen, daß als eigenständiger Ausweisungsgrund ausdrücklich die Mißachtung der elterlichen Aufsichtspflicht gegeben ist und hierdurch die serienmäßige Begehung von Straftaten des Kindes ermöglicht oder gefördert wurde. Die Ausweisung des bzw. der Sorgeberechtigten ist mit der des Minderjährigen zu verbinden.

9. Das Ausländerzentralregister-Gesetz wird mit dem Ziel einer Visa- und Warndatei novelliert, um die Arbeit aller Behörden im In- und Ausland bei der Abwehr illegaler Zuwanderung noch besser zu koordinieren.

Landesebene

1. Die Einführung einer Zentralstelle für

Rückführung hat sich z.B. in Bayern bewährt. Die positiven Erfahrungen dieser zentralen Organisation sollten insgesamt von den Ländern aufgegriffen und in allen Fragen der Rückführung zum Tragen kommen.

2. Unabhängig davon, daß die Abschiebung in jedem Fall ausschließlich durch Vollzugskräfte des Landes zu erfolgen hat, sollten in einem Pilotprojekt neue Formen der Einbindung privatwirtschaftlicher Unternehmen bei der Beschaffung neuer Ausweispapiere bzw. der Einbindung von Vereinen und Interessengruppen erprobt werden, die den Auftrag erhalten, zusammen mit den Behörden ungeklärte Nationalität festzustellen.

3. Die Länder sind aufgefordert, die gesetzlichen Möglichkeiten des Ausländergesetzes insbesondere zur zwangsweisen Vorführung § 70 abs. 4 AuslG zu nutzen.

4. Bei einer Ausweisung wegen besonderer Gefährlichkeit nach § 47 AuslG gilt § 72 AuslG uneingeschränkt.

5. Die Kontingentierung der Abschiebehaftplätze ist, soweit vorhanden, aufzuheben. In jedem Fall haben die Länder eine der tatsächlichen Größenordnung der durchschnittlichen Fälle entsprechenden Zahl von Abschiebeplätzen vorzuhalten.

6. Die Länder sind aufgefordert, Gremien, die wie z. B. die Härtefallkommission in Nordrhein-Westfalen, die einer ergänzenden Kontrolle bereits rechtskräftig abgeschlossener Verfahren dienen, aufzugeben. Im übrigen sind die Länder aufgefordert, alle sonstigen bürokratischen Hürden zu beseitigen, die die Vollziehung rechtskräftiger Entscheidungen verzögern oder vereiteln.

7. Die Länder sind aufgefordert, im Rahmen der Unterstützung von Asylbe-

werbern den Vorrang der Sachleistung durchzusetzen.

8. Die Möglichkeit zur zentralen Erfassung von Fingerabdrücken, Fotos und sonstigen persönlichen Daten entsprechend vorgelegter Paß- oder Paßersatzpapiere sind zu schaffen, damit die bereits nach dem Ausländergesetz und Asylverfahrensgesetz bestehenden Vorschriften zum Datenabgleich wirkungsvoll in der Praxis eingesetzt werden können. Diese Bemühungen sind auch auf europäischer Ebene zu verstärken. Die Länder sind aufgefordert, den Bundesinnenminister in seinen Bemühungen um die zentrale Informationsgewinnung zur Bekämpfung des illegalen Aufenthalts und des Leistungsmissbrauchs von Ausländern (durch Novellierung des AZR-Gesetzes) und zur Verhinderung von Visa-Erschleichungen (durch Schaffung einer Visa-Warndatei) entsprechend des IMK-Beschlusses vom 2. Februar 1998 unterstützen.

Schulvergleiche zügig einführen

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden begrüßen, daß endlich auch die SPD-Kultursminister nicht mehr die Notwendigkeit von Schulleistungstests zwischen Schulen, Schulformen und Bundesländern bestreiten.

Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz hatte bereits am 30. April 1997 die Kultusministerkonferenz aufgefordert, Schulleistungsvergleiche durchzuführen. Dies war die Grundlage, der sich die SPD-Kultusminister nun angeschlossen haben.

Die vorliegenden Daten der TIMSS-Untersuchung haben erschreckende Leistungsunterschiede zwischen den Bundesländern in Mathematik und Naturwissenschaften und starke Defizite bei den Gesamtschulen

Sozialstaat unverzichtbar

Der Sozialstaat ist Bedingung der Demokratie und unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. In diesem Urteil stimmen der Sozialverband Reichsbund und der Bundesarbeitsminister überein.

Bei einem Gespräch zwischen dem Präsidium des Reichsbundes unter seinem Vorsitzenden Hans Fiedler und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Bonn äußerten beide die Sorge, daß Solidarität in der Gesellschaft abnehme und der Sozialstaat in die Verteidigung gedrängt werde. Der Sozialstaat sei jedoch eine elementare Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Der notwendige wirtschaftliche Wandel müsse sozial bewältigt werden.

Die Gesprächsteilnehmer bedauerten in diesem Zusammenhang eine „zum Teil chaotisch geführte Rentendiskussion“, die zu großer Verunsicherung bei Rentnern und Versicherten führe. Sie lehnten Modelle einer Grund- oder Einheitsrente als falsch und nicht machbar ab.

Die Gesprächsteilnehmer kritisierten, daß ein Großteil der Unternehmen die

Beschäftigungspflicht von schwerbehinderten Arbeitnehmern nicht erfülle und daß hier auch der öffentliche Dienst nicht überall mit gutem Beispiel vorangehe. Sie stellten fest, daß die Leistungen der modellhaft eingerichteten Integrationsfachdienste und Integrationsfirmen sowie die Förderung auch einer befristeten Beschäftigung von Schwerbehinderten bei den Unternehmen häufig noch zu wenig bekannt seien. Sie streben deshalb eine Konferenz der Beteiligten an, um den Informationsaustausch über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigung von Schwerbehinderten zu verstärken. Weitere Gesprächsthemen waren die Rehabilitation sowie die Qualität in den Pflegeeinrichtungen, die durch die Heimaufsicht der Länder und die Durchsetzung der Qualitätsstandards durch die Pflegekassen besser gesichert werden müsse. Die Gesprächsteilnehmer stimmten überein, daß die bei der Pflegeversicherung entstandenen Rücklagen zur Sicherheit und Stabilität dieser neuen Sozialversicherung benötigt werden und nicht für kurzatmige Beitragssenkungen zur Verfügung stehen.

aufgezeigt. Diese Daten erfordern deshalb umgehend bildungspolitische Korrekturen. Schulleistungsvergleiche müssen auf Dauer fortgesetzt werden und auf andere zentrale Unterrichtsfelder ausgeweitet werden.

Diese neuen Untersuchungen müssen zügig realisiert werden und dürfen nicht durch endlose Debatten in der KMK verzögert werden. Maßstab für zukünftige Schulleistungstests ist die Qualität der bereits vorliegenden Untersuchungen. Die

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden werden keine Leistungsvergleiche akzeptieren, die durch andere Aspekte oder Meßverfahren aufgeweicht werden. Zudem muß Sorge dafür getragen werden, daß die Auswahl der Institute für diese Untersuchungen nicht zur politischen Einflußnahme durch die SPD-Länder genutzt wird. Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden bekräftigen ihr Ja zu Schulleistungstests, bestehen aber auf einer objektiven und sachorientierten Realisierung.

Keine Zusammenarbeit mit radikalen Kräften

Die SPD und bestimmte Medien behaupten immer wieder, die CDU würde auf kommunaler Ebene mit der PDS zusammenarbeiten. Diese Behauptung ist unwahr, denn die CDU ist die einzige Partei, die sich eindeutig und nachhaltig von radikalen Kräften abgrenzt.

Wir haben einen Grundsatzbeschuß, der nach wie vor Gültigkeit hat: „Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien ab, wie z. B. mit der PDS, DVU, den Republikanern oder ähnlichen Gruppierungen. Ein Verstoß gegen diesen Grundsatz ist mit den Zielen und der Mitgliedschaft in der CDU unvereinbar.“ (Beschuß des 3. Parteitags der CDU Deutschlands, 18. Oktober 1992)

Die CDU hat eine klare Position. Nach unserem Verständnis ist es die gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien, gegen jede Form des politischen Radikalismus zu kämpfen. Wir ziehen die PDS auch nicht auf kommunaler Ebene mit ins Boot, wie es die SPD in Sachsen-Anhalt macht. Dies sind nur Behauptungen, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Hier die Beispiele:

I. Güstrow (Mecklenburg-Vorpommern)

Es wird behauptet, in Güstrow sei ein CDU-Bürgermeister mit Stimmen der PDS gewählt worden. **Richtig ist**, daß es in Güstrow einen SPD-Bürgermeister Höppner gibt, der mit Stimmen von SPD und PDS gewählt wurde.

II. Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern)

Es wird behauptet, CDU und PDS hätten gemeinsam einen Bürgermeister gewählt. **Tatsache ist**, daß ein FDP-Kandidat von der CDU als Kompromißkandidat vorgeschlagen und gewählt wurde. Es gab keine Absprachen mit der PDS.

III. Wittenburg (Mecklenburg-Vorpommern)

Es wird behauptet, der CDU-Kandidat sei mit Stimmen der PDS zum Bürgermeister gewählt worden. **Richtig ist**, daß der CDU-Kandidat in geheimer Abstimmung gewählt wurde. Es gab keine Absprachen mit der PDS.

IV. Röbel (Mecklenburg-Vorpommern)

Es wird behauptet, die CDU hätte der PDS zu einem Bürgermeisterposten verholfen. **Richtig ist**, daß der SPD-Bürgermeister in geheimer Wahl abgewählt wurde. In drei Wahlgängen kam keine Mehrheit für einen neuen Bürgermeister zustande. Per Losentscheid ging der Bürgermeisterposten an die PDS.

V. Bernau, Kreis Uckermark, Kreis Prignitz (Brandenburg)

Es wird behauptet, der CDU-Bürgermeister in Bernau bzw. die Landräte im Kreis Uckermark und im Kreis Prignitz seien mit Stimmen der PDS gewählt worden. **Richtig ist**, daß die CDU-Kandidaten in geheimer Abstimmung gewählt wurden. Es gab keine Absprachen mit der PDS.

VI. Neuenhagen (Brandenburg)

Es wird behauptet, die PDS habe 1993 dazu aufgerufen hat, den CDU-Bürgermeister zu unterstützen. **Richtig ist**, daß in der Stichwahl zwischen CDU und SPD die PDS dazu aufgerufen hatte, den kompetenteren Kandidaten der CDU zu wählen. Richtig ist auch, daß die CDU keinen Einfluß auf die Wahlempfehlungen der PDS hat. Es gibt in Neuenhagen keine Zusammenarbeit mit der PDS.

VII. Halle (Sachsen-Anhalt)

Es wird behauptet, daß die PDS mit Unterstützung der CDU einen Dezernenten stellt. **Richtig ist**, daß die Wahl des PDS-Kandidaten Gärtner (PDS) zum Dezernenten am 7. 12. 1994 erfolgte. Die damaligen Mehrheitsverhältnisse waren wie folgt: PDS 15, SPD 14, CDU 13, FDP 5, Grüne 3, Neues Forum 2, Rep 1, Graue Panter/Volkssolidarität 3. Der Oberbürgermeister ist als geborenes Mitglied ebenfalls stimmberechtigt.

Der PDS Kandidat erreichte im ersten Wahlgang bei 52 anwesenden Stimmberechtigten 26 Stimmen, der Gegenkandidat von der CDU 14. Im zweiten Wahlgang wurde der PDS-Kandidat Gärtner mit 28 Stimmen gewählt. Die SPD hat in beider Wahlgängen keinen eigenen Kandidaten aufgestellt.

VIII. Sangerhausen (Sachsen-Anhalt)

Es wird behauptet, der PDS-Bürgermeister regiere mit Unterstützung der CDU. **Richtig ist**, daß der PDS Bürgermeister direkt von der Bevölkerung gewählt ist und keine Mehrheit im Rat von Sangerhausen hat (CDU 11, SPD 10, PDS 9, FDP 4, B.I.S. 4, VS 2). Es gibt keine Absprachen mit der PDS.

IX. Schmölln (Thüringen)

Es wird behauptet, es gäbe ein gemeinsames Flugblatt von CDU, DSU, FDP und

PDS. **Tatsache ist**, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende den Stadtrat und die Politik in der Stadt verunglimpft und beleidigt hat. Als Reaktion darauf haben CDU, DSU, FDP und PDS ein Flugblatt an die Bürger in Schmölln verteilt, um die Erfolge der Arbeit des ganzen Rates und der Stadtpolitik darzustellen.

X. Artern (Thüringen)

Es wird behauptet, in Artern sei der PDS Bürgermeister auf die Stimmen der CDU angewiesen. **Richtig ist**, daß die PDS in der Gemeindevvertretung keine Mehrheit hat. (PDS 5, SPD 6, CDU 4, DA 3, FDP 3, Freie Wähler 1). Bei der Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister gewann der PDS-Kandidat Koenen im Oktober 1997 gegen den CDU-Kandidaten Peschke, der zuvor stv. Bürgermeister war. Nach der Wahl erklärte Herr Peschke seinen Rücktritt, weil er nicht für den ehemaligen Parteisekretär Koenen als Stellvertreter arbeiten wollte.

XI. Hildburghausen (Thüringen)

Es wird behauptet, der Bürgermeister der PDS sei auf die Stimmen der CDU angewiesen. **Richtig ist**, daß der CDU-Bürgermeister mit SPD und PDS abgewählt wurde und seitdem die PDS den Bürgermeister stellt, der keine Mehrheit in der Gemeindevertretung hat (CDU 7, SPD 6, PDS 5 + Bürgermeister, FDP 5). Es gibt keine Absprachen mit der PDS.

XII. Hoyerswerda (Sachsen)

Es wird behauptet, der PDS-Bürgermeister verfüge über keine eigene Mehrheit im Parlament und auf Stimmen anderer Fraktionen angewiesen.

Das stimmt: PDS 16, CDU 12, SPD 11, FDP 2, Grüne 1. **Tatsache ist**, daß die CDU keine Absprachen mit der PDS führt oder geführt hat.

XIII. Kreis Leipziger Land (Sachsen)

Es wird behauptet, ein PDS-Abgeordneter sei mit Stimmen der CDU zum Vorsitzenden gewählt worden. **Tatsache ist:** der PDS-Abgeordnete Wolfgang Stutz wurde am 13. 9. 1994 zum Vorsitzenden des Finanzausschusses gewählt. Auf Antrag des CDU-Abgeordneten Dr. Schiefer hat der Kreistag am 5. 10. 1994 mehrheitlich beschlossen, den Finanzausschuss wieder aufzulösen.

Es gibt keinen PDS-Vorsitzenden des Finanzausschusses.

XIV. Berlin-Lichtenberg

Es wird behauptet, die CDU hätte mit Bündnis 90/Die Grünen und der PDS den Bürgermeister Muchas von Bündnis 90/Die Grünen gewählt. **Richtig ist,** daß die SPD einen belasteten Kandidaten aufgestellt hat, den die CDU nicht mitwählen konnte. Der Gegenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen bekam bei der Wahl die Mehrheit. Es gab keine Absprachen mit der PDS.

XV. Warin (Mecklenburg-Vorpommern)

Es wird behauptet, der Bürgermeister sei mit Stimmen der CDU, FDP und PDS gewählt worden. **Richtig ist,** daß der CDU-Kandidat in geheimer Abstimmung gewählt wurde. Es gab keine Absprachen mit der PDS.

XVI. Magdeburg (Sachsen-Anhalt)

Es wird behauptet, die CDU hätte mit der PDS gegen den Antrag gestimmt, den Bahnhofsvorplatz in „Willy-Brandt-Platz“ umzubenennen. **Richtig ist,** daß sich die SPD beharrlich weigert, eine Straße nach Konrad Adenauer oder Ludwig Erhard zu benennen. Es gab keine Absprache mit der PDS.

XVII. Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)

Es wird behauptet, die PDS hätte für den CDU-Bürgermeister gestimmt. **Richtig ist,** daß der CDU-Bürgermeister Görlich mit Stimmen der CDU abgewählt wurde, wie es auch in der SPD-Pressemeldung steht.

Ausbilden – Wir machen mit!

Am 18. Juni hat die Bundesanstalt für Arbeit nunmehr zum dritten Mal einen bundesweiten Aktionstag zur Gewinnung weiterer, dringend benötigter betrieblicher Ausbildungsmöglichkeiten durchgeführt.

Mehre Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter warben bei Betriebsbesuchen nochmals verstärkt um zusätzliche Ausbildungsplätze. Bundesweit war eine eigene **Hotline der Berufsberatung** unter der Nummer **01 80/3 22 55** geschaltet, die sowohl von Betrieben als auch von Interessenten, die einen Ausbildungsplatz suchen, genutzt werden konnte.

Diese Aktion wurde durch die Initiative „Ausbilden – Wir machen mit!“, die Wirtschaft, Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit am 19. März 1997 gestartet haben, unterstützt.

Ziele der Initiative:

- Betriebe und Verwaltungen auffordern, verstärkt Lehrstellen anzubieten,
- Ausbildungsbetrieben ermöglichen, mit ihrer Ausbildungsleistung zu werben.

100 Tage SPD-Kandidat Schröder

I Am letzten Montag erlebten wir den 100. Tag seit Ausrufung Gerhard Schröders zum Kanzlerkandidaten der SPD. 107 Tage vor der Wahl war er also den 100. Tag Kandidat. 100 Tage, an denen Schröder sich verweigert hat, in wichtigen Fragen der deutschen Politik Stellung zu beziehen.

Bislang ist lediglich deutlich geworden, welche Bündnisstrategie der SPD-Kandidat verfolgt. „Ich bin bereit“ wurde zuerst mit dem Inhalt gefüllt „Ich bin bereit zu Rot-Grün“. Am 6. März (Tag 6) teilt er mit, daß er auch dann mit Bündnis 90/Die Grünen eine Regierung bilden will, wenn diese nur eine Stimme Mehrheit zum Regieren haben sollte (Die Woche, 6. 3. 98). Dieser eindeutigen Aussage folgte mittlerweile die Bereitschaft weiter Teile der Partei zu einem rot-grün-dunkelroten Bündnis.

Schröders Widerstand gegen die Regierungsbildung in Magdeburg dürfte auch deshalb nicht heftiger ausgefallen sein, weil er vor vier Jahren zu den entschiedenen Befürwortern einer durch die PDS tolerierten Landesregierung gehörte. Der Spiegel weist am 4. Mai noch einmal darauf hin, daß Schröder noch 1994 Höppner geraten habe: „Nimm doch die PDS mit in die Regierung...“

II Die Sozialdemokraten haben stets Angst davor gehabt, daß die Bundestagswahl zu einer echten Richtungs- wahl werden könnte. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten erheblich dazu beigetragen, dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung in den zukünftigen Weg Deutschlands nicht mehr ausweichen zu können. Der Versuch der Sozialdemokraten, zumindest verbal in die Mitte zu rücken, ging kräftig daneben. Spätestens nach der Vorstellung des Schattenkabinetts

läßt sich feststellen: Von Mitte weit und breit keine Spur. Alles nur alte linke Schatten.

Das einzig Neue an Schröders SPD ist: Show-Effekte sollen von den altbackenen Vorstellungen der SPD ablenken: „Lichtstimmung IIc“, wie im vorläufigen Ablaufplan des SPD-Parteitags in Leipzig für Schröder nach Betreten des Rednerpultes vorgesehen, als Ersatz für Politik! Klaus Bresser, ZDF-Chefredakteur, brachte es nach dem SPD-Parteitag auf den Punkt:

Erklärung von Generalsekretär Peter Hintze am 12. Juni

„Die Aufführung ist zu Ende, und an dieser Stelle stünde jetzt besser ein Theaterkritiker als ein politischer Kommentator.“

Die amtierende Regierungsmannschaft der Union, inklusive dem Kanzler, ist um einiges jünger als Schröders Schattenkabinetts. Das zeigt auch, daß die SPD im Grunde keine Führungsreserve hat. Unser Personalangebot ist dem der Opposition deutlich überlegen. **Das gilt** für den Spitzenmann, **das gilt** für die Regierungsmannschaft, und **das gilt** für die Führungsreserve.

Schröders Strategie zielt weiterhin auf weitestgehende Entpolitisierung, um sich nicht stellen zu müssen. Den Deutschen Bundestag mißachtet er. Der entscheidenden Debatte über die Einführung des Euro blieb er fern, weil ihm die „Kampa“ rät, nicht mit dem „Bonner Betrieb“ in Verbindung gebracht zu werden.

Zu allen wichtigen politischen Fragen schweigt er, weil er entweder nichts beizutragen hat oder in Konflikt geraten würde, entweder mit seinem Parteivorsitzenden oder mit sich selbst.

III. Ich nenne fünf zentral politische Felder, bei denen Schröders Versagen deutlich wird:

1. Die Beschäftigungspolitik:

Das SPD-Wahlprogramm droht den Deutschen mit der Rücknahme unserer Reformen für Wachstum und Beschäftigung.

Die SPD hat stets versucht, den Wirtschaftsaufschwung hinauszuzögern in der Hoffnung, dies würde ihr im Wahlkampf zum Vorteil gereichen. Sie hat dies nicht geschafft. Mit 3,8 % Wirtschaftswachstum zeichnen wir das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Es ist auch deutlich: Wir erleben eine Trendwende am Arbeitsmarkt, wie wir das seit Monaten ankündigen. Seit Beginn des Jahres haben rund 600 000 Menschen einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Die Zahl der offenen Stellen ist um 123 000 auf 484 000 gestiegen. Da erfahrungsgemäß nur jede dritte Stelle dem Arbeitsamt gemeldet wird, bedeutet dies einen Anstieg der offenen Stellen um ca. 400 000. Im Endeffekt heißt das: Circa eine Million zusätzlicher Beschäftigungschancen in nur fünf Monaten.

Was haben wir zu diesem Thema in den letzten hundert Tagen von SPD-Kandidaten gehört? Am 25. März schlägt er den Unternehmen eine zweijährigen Entlassungsstopp vor, den diese zu Recht als naiv und völlig unrealistisch ablehnen. Man kann zu Recht sagen: Wer die Reform zurückdrehen will, wer die Steuerreform blockiert und ansonsten über die Verteilung der vorhandenen Arbeit philosophiert, hat den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgegeben.

2. Die Steuerpolitik:

Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt deutlich: Unsere Politik stimmt. Die Reformen wirken, und mit Verwirklichung der großen Steuerreform machen wir den entscheidenden Schritt zur Verstetigung der Entwicklung. CDU wählen heißt

große Steuerreform wählen. Große Steuerreform wählen heißt den Aufschwung stärken. Den Aufschwung stärken heißt Beschäftigung stärken. Das ist eine entscheidende Botschaft: wir kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit, auch wenn dazu unpopuläre Maßnahmen notwendig sind.

Zwischen dem 23. und 31. März diskutiert die SPD sehr chaotisch über mögliche Spitzensteuersätze. Angebot: Werte zwischen 43 und 49 Prozent. Einer hat dazu keine Meinung: Gerhard Schröder. Er schweigt wie immer, wenn es wichtig ist. Möglicherweise wollte er jedoch auch nur vertuschen, in der Steuerpolitik über keinerlei Konzept zu verfügen. War er es doch, der 1996/97 binnen eines Jahres dreimal seine Meinung geändert hat, ob es zu einer Steuerreform kommen soll. Schröder war es, der bei der Höhe des Spitzensteuersatzes mindestens drei Meinungen in drei Monaten vertrat, mindestens drei Meinungen in sechs Monaten bei der Senkung der Unternehmenssteuern, mindestens vier verschiedene Positionen in 16 Monaten beim Thema „Mehrwertsteuererhöhung im Zuge einer Steuerreform“, kürzestes Intervall zwei Wochen. Und Schröder war es, der nicht weniger als sechs Meinungsänderungen in 15 Monaten bei der „Öko-Steuer“ vollzogen hat.

Bei der Koalition sehen die Menschen klar. Wir lassen uns messen an dem Gesetz, das im Deutschen Bundestag beschlossen und bis auf den heutigen Tag vom Bundesrat blockiert wird. Demgegenüber entnehmen wir den Wahlprogrammen von SPD und Grünen – und mit der PDS wird es keineswegs besser – die Ablehnung grundlegender Steuersenkungen für alle und dafür acht neue Steuern: eine Energiesteuer, eine Ausbildungsabgabe, eine Mindeststeuer für Unternehmen, eine Lastenausgleichsabgabe, eine Schwerverkehrsabgabe, eine Vermögenssteuer, eine Devisensteuer, und eine Kerosinsteuer. Rot-Grün macht Deutschland zum Steuer- und Abgabenstaat.

3. Die Alterssicherung:

Mit der Ankündigung, die Rentenreform rückgängig machen zu wollen, zerstört die SPD die Sicherheit der Rente und verhindert stabile Rentenbeiträge. Gleichzeitig verfügt sie selbst nicht über ein tragfähiges Konzept, wie der Rentenstreit in der SPD unmittelbar nach der Aufnahme des stellvertretenden IG-Metall-Vorsitzenden Riester in Schröders Schattenkabinett noch einmal drastisch verdeutlichte. Riester forderte eine Mindestrente, die knapp unter 1500 Mark liegen soll und steuerfinanziert wird. Das heißt, jeder soll in Zukunft Anspruch auf mindestens 1400 Mark haben, auch wenn er nie in die Rentenkasse eingezahlt hat. Der Ausstieg aus der leistungsbezogenen beitragsfinanzierten Rente war eingeläutet. Schröder griff selbst in die Diskussion ein und machte mit seiner Aussage für die, die jetzt von der Schule kommen, soll es nur noch eine beitragsfinanzierte Grundrente geben (Wirtschaftswoche, 21. 5. 98) das Rentenchaos bei der SPD perfekt. Lafontaine schimpft vor der Bundestagsfraktion, das Gerede einiger seiner Parteikollegen zur Rente gehe ihm langsam „auf den Geist“ (SZ, 29. 5. 98) Niemand, nicht einmal in der SPD selbst, weiß, wofür die SPD bei der Rente steht. Die unterschiedlichen Vorstellungen haben eines gemeinsam: Sie gefährden die Renten der Älteren und betrügen die Jungen, die zusätzlich belastet werden sollen.

4. Die innere Sicherheit:

Bei der ersten wichtigen kritischen Entscheidung nach der Nominierung Schröders, der akustischen Wohnraumüberwachung, kam es gleich am 5. Tag zum sicherheitspolitischen Offenbarungseid. Zusammen mit Bündnis 90/Grüne und PDS durchlöchert Schröders SPD diese Maß-

nahme zur wirksamen Bekämpfung des organisierten Verbrechens.

Wie in Niedersachsen praktiziert, läßt Schröder zu, daß dort, wo innere Sicherheit gestärkt werden müßte, sie weiter geschwächt wird. Er selbst hat in Niedersachsen Polizei und Verfassungsschutz im Stich gelassen und geschwächt. Im Bundesrat torpedierte er eine Stärkung der inneren Sicherheit mit seinem Nein. Es war so, als er 1992 gegen die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des Bundesgrenzschutzes stimmte, als er 1993 seine Zustimmung zum Asylkompromiß und der notwendigen Änderung des Artikel 16 des Grundgesetzes verweigerte, 1994 gegen das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität stimmte und auch dem Gesetz zur Einführung eines neuen Haftgrundes zur Sicherung der Hauptverhandlung seine Zustimmung versagte. Schröder hat außer starken Sprüchen zum Thema innere Sicherheit nichts zu bieten. Rot-Grüne Landesregierungen versagen in gleicher Weise bei der Verbrechensbekämpfung. Schröder und Rot-Grün: Das ist ein Sicherheitsrisiko für Deutschland.

5. Die Außenpolitik:

Wenn Gerhard Schröder internationales Parkett betritt, läßt er keinen Fettnapf aus. Blamierte er Deutschland schon mit seinen Äußerungen zum Euro bis auf die Knochen, so war sein Treffen mit dem weißrussischen Diktator Lukaschenko am 53. Tag seiner Kandidatenschaft eine harsche Brückierung der EU. Die EU hatte per Ratsbeschluß den Mitgliedern dringend empfohlen, wegen der diktatorischen Regierungsweise auf Kontakte auf höchster Ebene zu verzichten. Mit seiner außenpolitischen Instinklosigkeit gefährdet Schröder Deutschlands Ansehen in der Welt und bringt unser Land als verlässlichen Partner bei seinen Nachbarn in Verruf.

Schröder erneut zum „Wettstreit der Argumente“ eingeladen

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms, und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Michael Glos, haben gemeinsam den folgenden Brief an den SPD-Kanzlerkandidaten und niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder geschrieben:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir möchten Sie erneut einladen, mit uns auf einen „Wettstreit der Argumente“, für den Sie sich in öffentlichen Anzeigen stark machen, auch wirklich einzulassen und mit uns vor dem Forum der Nation zu diskutieren. Die vorausgegangene Einladung haben Sie leider ausgeschlagen und sich von

Frau Fuchs vertreten lassen. So sehr wir unsere Kollegin schätzen, schien uns dieses Verfahren nicht ganz gelungen zu sein. So nahm sie Sie zum Beispiel entgegen Ihren öffentlichen Äußerungen für eine Ausbildungsplatzabgabe in Anspruch. Solange Ihre Positionen so unklar bleiben, kann eine Diskussion darüber, welche Entscheidungen in den kommenden Jahren getroffen werden müssen, nicht zustande kommen. Deshalb erneuern wir unsere Einladung an Sie, mit uns im Deutschen Bundestag zu diskutieren, wie wir Deutschlands Zukunft am besten gestalten. Die nächste Gelegenheit bietet sich am kommenden Donnerstag in der Debatte des Deutschen Bundestages zum Europäischen Gipfel in Cardiff. Wir würden uns freuen, Sie dort zu sehen und mit Ihnen Argumente austauschen zu können.

IV Schröders 100 Tage als Kandidat haben eines ganz deutlich gezeigt. Der Mann, der schon in Niedersachsen versagt hat, hat sich mit der Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers übernommen. Führungsschwach und inhaltsleer versucht er, sich durchzulavieren. Angesichts des programmatischen und personellen Notstands, der bei der SPD herrscht, werden die letzten 100 Tage vor der Bundestagswahl für die Sozialdemokraten noch sehr lang. Während sich die Union im Wahlkampf im Aufwind befindet, zeigen sich bei der SPD schon nach 100 Tagen Ermüdungs- und Abnutzungserscheinungen. Es reicht eben nicht, wenn sich der Kandidat bei entscheidenden Fragestellungen entweder der Antwort entzieht, Zuflucht in nebulöser

Unverbindlichkeit sucht oder mit seinen Aussagen die eigene Partei verwirrt. Mit einem Kandidaten ohne Gewähr, einer Politik mit beschränkter Haftung und einem Linkskurs, bei dem Grüne und PDS willkommene Bündnispartner sind, hat Schröders SPD in den letzten 100 Tagen noch einmal nachhaltig unterstrichen:

Der SPD und ihrem Kandidaten fehlt die Substanz, um Verantwortung für das wiedervereinigte Deutschland in einer zusammenwachsenden Welt zu übernehmen.

Das rot-grün-dunkelrote Protokoll läßt stattdessen erahnen, welche Risiken dieses Linksbündnis um Schröder für Deutschlands Zukunft hinaufbeschwört. ■

Schröders Mittelstandskonzept – Steuererhöhungen zwischen den Zeilen

Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder hat am 25. Mai ein Mittelstandskonzept für eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung vorgestellt. Titel des 22 Punkte umfassenden Konzepts: „Aufbruch für einen modernen Mittelstand – Konzept für eine zukunftsweisende Mittelstandspolitik“. Erkennbares Ziel des Konzeptes ist es, im Handstreich – bis hin zur Wortwahl – unsere Positionen in der Mittelstandspolitik zu besetzen und als seine eigenen auszugeben.

Zitat:

- „Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird auf mehr Markt, mehr Feirama und mehr Eigeninitiative setzen.“
- „Die Mittelstandspolitik der SPD-geführten Bundesregierung beruht auf dem Leitbild des modernen mittelständischen Unternehmens und Selbständigen.“

Deshalb ist es notwendig, das vorgestellte Mittelstandskonzept Schröders trotz neuer Wortwahl als das zu entlarven, was es ist: ein Steuererhöhungsprogramm für alle mittelständischen Unternehmen. In Verbindung mit dem SPD-Wahlprogramm hat es entsprechende negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Daneben verspricht es eine Vielzahl von Reformmaßnahmen, die jedoch nicht neu sind, sondern von uns bereits auf den Weg gebracht wurden.

I. Mehrbelastungen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen

■ Steuerreform:

Schröder fordert, Steuern und Abgaben für mittelständische Unternehmen zu senken:

Zitat: „Im Mittelpunkt der Unternehmenssteuerreform steht die Senkung der Körperschaftsteuersätze auf ein international vergleichbares Niveau. Der Steuersatz für

**Von Hans-Peter Repnik,
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

gewerbliche Einkommen wird gesenkt, um gezielt kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten und ihre Investitionskraft zu stärken. Mittelfristiges Ziel ist eine rechtsformunabhängige Unternehmensbesteuerung mit einem einheitlichen Unternehmenssteuersatz von 35 %“.

Die Forderung Schröders entspricht den Petersberger Beschlüssen der Koalition für eine große Steuerreform, die er als niedersächsischer Ministerpräsident im Bundesrat blockiert hat. Das Mittelstandsprogramm verschweigt jedoch – im Gegensatz zum SPD-Wahlprogramm –, daß die Gegenfinanzierung der SPD-Steuerreform fast ausschließlich im Unternehmenssektor stattfindet. Eine Nettoentlastung der Unternehmen scheint also nicht geplant.

Konkret kündigt MP Schröder weiter an, daß auch Freiberufler und Selbständige als Unternehmen „in den Genuß der günstigen Unternehmensbesteuerung“ kommen sollen. Hierzu soll ihnen die Option auf eine Besteuerung nach dem Körperschaftsteuerrecht eingeräumt werden, um den Einkommensteuerspitzensatz nicht senken zu müssen.

Dies bedeutet aber im Klartext, daß diese Gruppen damit auch gewerbsteuerpflichtig werden (bisher gewerbsteuerfrei). Die **durchschnittliche** Steuerbelastung der Freiberufler und Selbständigen würde dann auf über 47 Prozent ansteigen und damit nicht, wie von Schröder versprochen, sinken. Ein solches Optionsmodell ist in den 50er Jahren aufgrund der damit verbundenen praktischen Schwierigkeiten bei der steuertechnischen Umsetzung bereits nach kurzer Zeit wieder abgeschafft worden. Nur wenige Unternehmer haben es damals genutzt.

Wie mittelstandsfeindlich die SPD-Steuerpolitik ist, läßt sich auch daran ablesen, daß sie die im Zuge der Dritten Stufe der Unternehmenssteuerreform geplante mittelstandsfreundliche Absenkung der Gewerbebeertragsteuer verhindert hat. Auch zukünftig plant sie keinen solchen Schritt.

■ Ökologische Steuerreform:

Daneben verspricht Schröder eine Reduzierung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten. Die Sozialversicherungen sollen „von versicherungsfremden Leistungen entlastet“ werden.

Offen bleibt in seinem Mittelstandskonzept, wie diese Umfinanzierung gegenfinanziert werden soll. Die Antwort gibt das Wahlprogramm der SPD: Hier wird eine ökologische Steuerreform auch im nationalen Alleingang gefordert. Wettbewerbsneutralität und Aufkommensneutralität sind, im Gegensatz zum Zukunftsprogramm der CDU, das einen nationalen Al-

leingang zudem ausschließt, für die SPD keine Kriterien. Je nach Ausgestaltung ergeben sich deshalb hohe zweistellige Milliardenbeträge an zusätzlicher Steuerbelastung. Dem Standort Deutschland wird so großer Schaden zugefügt.

■ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe:

Seit der Mittelstandsdebatte im Bundestag wissen es alle: Schröder befürwortet eine Ausbildungsabgabe.

Eine Ausbildungsabgabe bedeutet letztlich nichts anderes als eine Steigerung der Lohnnebenkosten und damit den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen. Unternehmen brauchen nicht mehr, sondern weniger Abgaben. Nur dann wird es auch ein größeres Angebot an Lehrstellen geben. Die Umlagenidee ist von einem fundamentalen Mißtrauen in die Leistungsfähigkeit der Betriebe und marktwirtschaftlichen Abläufe geprägt. Sie führt zu noch mehr Bürokratismus und Verwaltungsaufwand und steht damit dem Ziel einer Verschlinkung des Staates diametral entgegen. Eine Umlagenfinanzierung führt zu keinem gerechten Lastenausgleich, da es keine sinnvolle Bemessungsgrundlage für die Höhe der Abgabe gibt. Sollen schrumpfende Wirtschaftszweige genauso viele Jugendliche ausbilden wie Unternehmen in florierenden Branchen?

■ Wiedereinführung einer privaten Vermögensteuer:

Die SPD plant, eine Vermögensteuer auf Privatvermögen einzuführen. Die Höhe des Steuersatzes bleibt im Wahlprogramm wohlweislich offen. Erst nach der Wahl wird der Umverteilungswille deutlich gemacht.

Angesichts der Tatsache, daß Privat- und Betriebsvermögen im Steuerrecht nicht scharf getrennt werden können, wird es

nicht möglich sein, alle Privatvermögen einer solchen Besteuerung zu unterwerfen. Vielmehr wird es zu Steuergestaltungen kommen, die kaum unterbunden werden können. Damit kann eine solche neue Steuer nicht zur Steuergerechtigkeit beitragen.

Das zusätzliche Steueraufkommen der Länder würde rund 2 Mrd. DM betragen. Die Rücknahme der im Jahressteuergesetz 1997 vorgenommenen kompensatorischen Anhebungen von Erbschaft- und Grunderwerbsteuer ist nicht vorgesehen. Das bedeutet im Klartext: drastische Steuererhöhung.

■ Einführung einer Mindeststeuer:

Im SPD-Wahlprogramm ist die Einführung einer Mindeststeuer vorgesehen.

Der Vorschlag ist verteilungspolitisch verfehlt, steuersystematisch nicht haltbar und nur mit erheblichem Verwaltungsaufwand zu realisieren. Sinnvoller ist es, steuerliche Sonderregelungen und Vergünstigungen insgesamt abzubauen, damit also das Problem an der Wurzel zu packen, wie dies das im Deutschen Bundestag beschlossene, jedoch an der SPD-Mehrheit im Bundesrat gescheiterte Steuerreformkonzept vorsah. Es ist besser, wenn ein Bezieher hoher Einkommen den im Rahmen der Einkommensteuerreform angestrebten Spitzensteuersatz von 39 Prozent bezahlt als den von der SPD angestrebten Mindeststeuersatz in Höhe des Eingangsteuersatzes. Hinzu kommt eine deutliche Komplizierung unseres Steuerrechts mit entsprechenden Kosten für den Steuerpflichtigen.

■ Höhere Kfz-Steuer:

Die SPD-geführten Länder hegen den Plan, die Kfz-Steuer für leichte Nutzfahrzeuge drastisch anzuheben. Hierzu hat die Landesregierung von

Nordrhein-Westfalen eine Bundesrats-Initiative eingebracht, die vorsieht, leichte Nutzfahrzeuge zukünftig wie PKW nach dem Hubraum zu besteuern.

Die Folge: zusätzliche Steuerbelastung von rund 1 Mrd. DM, die vor allem den Mittelstand treffen würde.

■ Rentenversicherungspflicht für alle Selbständigen:

Das SPD-Wahlprogramm fordert die Einbeziehung aller Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Mit ihrem fundamentalen Mißtrauen in die Eigenverantwortung der Menschen wird der freie Entscheidungsspielraum des Einzelnen erheblich eingeschränkt.

II. Von uns bereits erfolgreich umgesetzte Maßnahmen

Darüber hinaus kündigt MP Schröder eine Vielzahl von Maßnahmen an, die die Koalition – teilweise mit Zustimmung der SPD – bereits auf den Weg gebracht hat. Die Beispiele zeigen: Schröder kommt zu spät. Er redet und verspricht, wo wir bereits gehandelt haben. Die positiven Wirkungen dieser Reformen werden sich erst nach und nach entfalten, da eine Vielzahl der Maßnahmen erst kürzlich in Kraft getreten sind bzw. Anfang 1999 in Kraft treten werden:

■ Erleichterung des Generationswechsels

Mit der Reform der Erbschaftsteuer (rückwirkend zum 1. Januar 1996 in Kraft) sowie der Ausdehnung des Eigenkapitalhilfs-Programms wurden Betriebsübergaben für Mittelständler erleichtert.

■ Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Bereits 1996 wurde die Errichtung neuer Betriebe und Betriebsstätten insbesondere durch das Genehmigungsverfahrens-Beschleunigungsgesetz und die Novelle zum Bundesimmissionsschutzgesetz wesentlich erleichtert und beschleunigt.

■ Erleichterung bei Kammerbeiträgen für Kleinbetriebe und Existenzgründer

Wir haben – mit Zustimmung der SPD – gehandelt; ab 1. Januar 1999 zahlen rund ein Drittel aller Betriebe keine IHK-Beiträge mehr. MP Schröder reklamiert dies für die SPD: Er fordert weitergehende Befreiung für Existenzgründer. Allerdings: Existenzgründer fangen in aller Regel „klein“ an und sind insoweit ab 1999 automatisch von Beiträgen befreit.

■ Mittelstandsförderung bündeln

Die Mittelstandsförderung wurde bereits konzentriert und die Zahl der Förderprogramme reduziert (derzeit 44). Dagegen hat sich die Zahl der Förderprogramme der Länder weiter erhöht (derzeit über 500).

■ Neue Dienstleistungsberufe

Gemeinsam mit Sozialpartnern haben wir das Verfahren zur Modernisierung der Ausbildungsberufe im Dienstleistungsbereich erheblich beschleunigt. Darüber hinaus wurden vier neue Ausbildungsberufe in der Informations- und Kommunikationsbranche geschaffen, die 1997 auf Anhieb 4.800 neue Lehrverträge erbrachten.

■ Selbständigkeit in Berufsausbildung und Hochschulausbildung verankern

Wir haben gehandelt, z. B. durch die Ein-

richtung von Existenzgründungslehrstühlen an Hochschulen.

■ Gesetzlichen Rahmen für Wagniskapital verbessern

Mit dem Dritten Finanzmarktförderungsgesetz (in Kraft seit 1. April 1998) wurde der Zugang junger Unternehmen zu Wagniskapital durchgreifend verbessert, zum Beispiel durch den erleichterten Zugang zur Börse. Darüber hinaus wurde ein umfassendes Kapitalmarktkonzept vorgelegt, um den Zugang zu Wagniskapital weiter zu erleichtern.

■ Mittelstandsfreundliches Konkursrecht

Die Neuordnung des Insolvenzrechts tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. Kernpunkt: Unternehmer sollen nach einem Konkurs eine zweite Chance erhalten.

Die Beispiele zeigen: Schröder kommt zu spät. Er redet und verspricht, wo wir bereits gehandelt haben. Die positiven Wirkungen dieser Reformen werden sich erst nach und nach entfalten, da eine Vielzahl der Maßnahmen erst kürzlich in Kraft getreten sind bzw. Anfang 1999 in Kraft treten werden.

III. Rücknahme der von uns durchgesetzten Reformen im Wahlprogramm

Darüber hinaus verspricht das SPD-Wahlprogramm, erfolgreiche Reformen wieder zurückzunehmen:

■ Rücknahme der Neuregelung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

Durch diese Neuregelung wurden Unternehmen um Arbeitskosten in Höhe von

rund 20 Mrd. DM entlastet. Eine Rücknahme der Reformen würde einen großen Teil dieser Entlastung wieder zunichte machen.

■ Rücknahme der Rentenreform

Dies führt zu Einnahmeausfällen von rund 17 Mrd. DM und bedeutet höhere Rentenbeiträge und damit höhere Lohnzusatzkosten. Die demographische Entwicklung der Bevölkerung kann auch die SPD nicht leugnen. Wer keine Anpassungen struktureller Art vornimmt, kann die Steuer- und Abgabenbelastung insgesamt nicht senken. Im Gegenteil: Mehrbelastungen sind vorprogrammiert.

■ Rücknahme von Maßnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung

Jährliche Mehrbelastungen in Höhe von über 5 1/2 Mrd. DM bei Beseitigung bestehender Zuzahlungsregelungen.

■ Rücknahme der Anhebung der Kündigungsschutzschwelle

Die Lockerung des Kündigungsschutzes

war gerade für kleinere Betriebe eine wichtige Maßnahme für mehr Beschäftigung. Nach der Handwerks-Umfrage hat dies bereits zu rund 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt. Eine Rücknahme würde mehr, nicht weniger Arbeitslosigkeit bedeuten.

Die Folgen der SPD-Politik sind klar: höhere Lohnzusatzkosten und weniger Flexibilität am Arbeitsmarkt. Wer darin keine direkte Ursache für mehr Arbeitslosigkeit sieht, hat die simpelsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht begriffen:

IV. Das SPD-Programm ist unsolide finanziert:

Das SPD-Wahlprogramm weist eine Finanzierungslücke von rund 90 Mrd. DM bei Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen auf. Dies ist eher noch als Untergrenze zu sehen, da viele angekündigte „Wohltaten“ im Programm nur allgemein beschrieben und damit schwer quantifizierbar sind. Die Folgen sind klar: Weitere Belastungen für Bürger und Wirtschaft drohen.

Wir gewinnen, wenn wir wollen

Unter diesem Motto steht die 7. Bundesdelegiertentagung der Senioren-Union, zu der Bundesvorsitzender Bernhard Worms nach Erfurt eingeladen hat.

Vom 5. bis zum 7. Juli tagen die Delegierten in der Neuen Messe und wollen sich auf die letzten Wochen vor der Bundestagswahl vorbereiten.

Die Versammlung ist gleichzeitig Deutschlandtag der Senioren-Union und soll ein Signal an die ältere Generation sein.

Senioren Union



CDU

Am Dienstag, den 7. Juli findet um 14 Uhr im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung eine **Großveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl**, statt

Auswechseln der Köpfe – kein Wechsel in der Politik

Der Wechsel im Amt des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten ist nur einer von mehreren Akten eines unwürdigen Politik-Schauspiels, welches die Sozialdemokraten im Bundestagswahljahr 1998 in Szene setzen. Mit der Ablösung Raus durch Clement soll der Öffentlichkeit das Bild einer „neuen SPD“ vermittelt werden.

Ähnlich wie Schröder versucht Clement – das wurde auf seiner Parteitage-rede deutlich –, die SPD wirtschaftskompetent zu schminken, um sie damit für die Wähler der Mitte attraktiv zu machen.

Die öffentlichen Äußerungen führender Sozialdemokraten zum Umgang mit der PDS lassen indessen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die SPD bis zum 27.

September eine Doppelstrategie verfolgt: hier Schröder und Clement als Galionsfiguren einer scheinbar für alle wählbaren Volkspartei, da Lafontaine und Müntefering als Steuerleute einer Volksfront links von der Mitte.

Die einen blinken rechts, um zur Mitte zurückzufinden; die anderen biegen derweil links ab auf einen Weg, den die Mehrheit in Deutschland gewiß nicht will.

Von dieser sozialdemokratischen Doppelstrategie – die man eher als Doppelspiel bezeichnen kann – versuchte der designierte Rau-Nachfolgers Clement abzulenken, als er sich bei seinen Genossinnen und Genossen den Freifahrtschein für den Stabwechsel in der Staatskanzlei abholte. Dabei war sich Clement für keine Legendenbildung zu schade. Der Zweck heiligte auch auf dem SPD-Sonderparteitag die Mittel.

Da schalt Clement den Bundeskanzler we-

gen der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt und verschwieg geflissentlich die Tatsache, daß vor allem die Erblast von 40 Jahren Sozialismus in den neuen Ländern entscheidend für den derzeitigen Negativ-Posten bei den bundesdeutschen Arbeitsplätzen ist. Auch die deutlich spürbare Trendwende auf dem Arbeitsmarkt gerade in den westlichen Bundesländern paßte nicht in die Clement'sche Argumentationslinie und wurde deshalb tunlichst

Aus der Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU-Land- tagsfraktion, Helmut Linssen, am 26. Mai in Düsseldorf

nicht erwähnt. Was Clement auch verschwieg, war der unrühmliche Beitrag der NRW-SPD zu der bundesweiten Arbeitslosen-Quote. Schließlich war es der von den Sozialdemokraten verschleppte Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen, der unser Bundesland in eine wirtschaftspolitische Schlußlicht-Position brachte.

Nicht viel anders verhält es sich mit dem Clement-Vorwurf der Staatsverschuldung: Auch hier sollte der designierte Ministerpräsident erst einmal den Balken im eigenen Auge sehen, bevor er den Dorn bei der Bonner Politik sucht. Während die Bundesregierung in einem beispiellosen Kraftakt – der im Ausland unverhohlene Bewunderung ausgelöst hat – die Sanierung der neuen Länder finanziert, leidet NRW unter der verantwortungslosen Gießkannen-Politik der SPD, die sich jahrzehntelang das Wohlwollen des staunenden Pu-

blikums erkaufte – eine SPD-Politik, die jetzt Finanzminister Schleußer zum Offenbarungseid gezwungen hat.

Nun aber – so die Worte des Rau-Kronprinzen Clement – soll alles anders werden: Von einem „notwendigen Erneuerungsprozeß“, von der „Sanierung des Unternehmens NRW“ ist da ebenso die Rede wie von der „Konzentration auf das Wesentliche“. Wer so redet, der darf sich nicht wundern, wenn an ihn die Frage gerichtet wird: Wo waren Sie in den letzten acht Jahren?

Unterlegener Clement

Der bisherige Wirtschafts- und Verkehrsminister Clement hat sich in Sachen „Erneuerung“ und „Konzentration auf das Wesentliche“ nicht durchsetzen können, als es um

- die Unterstützung von Existenzgründungen mittels Risikokapitalfonds,
- den Ausbau der Fernstraßen, der Landesstraßen und der Flughäfen,
- die Zustimmung zur Steuerreform im Bundesrat,
- den Abbau überflüssiger Bürokratie in NRW,
- die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
oder
- die entschlossene und zügige Durchsetzung des ökonomisch und ökologisch sinnvollen Abbaus der Braunkohle ging.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der NRW-SPD hatte die Partei gegen sich, als es um ein klares Nein zu Ausbildungsplatz-Abgaben ging.

Der gelegentlich als „Architekt von Rot-Grün in NRW“ geltende Clement mußte klein beigeben, als

- sein grüner Kabinettskollege Vesper mit einem PVC-Erlaß tausende von Arbeits-

plätzen in der Chemieindustrie ins Gerede brachte,

- die grüne Umweltministerin Höhn zwei Millionen Mark für überflüssige Gutachten zur Verzögerung des Braunkohlen-Tagebaus Garzweiler II erhielt,
- die SPD-Schulministerin Behler allen Clement-Klagen zum Trotz ihre rot-grün gefärbte Demontage der Schule als Ort des Lernens und der Leistung fortsetzen durfte.

Die von vielen als „vorgezogene Regierungserklärung“ bewertete Clement-Rede auf dem Sonderparteitag hat erkennen lassen, daß der designierte Rau-Nachfolger eine Politik des „Weiter so – aber jetzt mit mir“ anstrebt:

- **Clement wird – wie sein Vorgänger** – alle hausgemachten Strukturmängel und politischen Probleme in NRW der Bundesregierung anlasten,
- **er wird – genau wie sein Vorgänger** – auf klare politische Entscheidungen verzichten, wenn dies dem rot-grünen Koalitionsfrieden und damit dem Machterhalt dient,
- **er wird – wie sein Vorgänger** – unausbleibliche Streitereien mit dem Koalitionspartner als Paradebeispiel mustergültiger politischer Diskussions-Kultur bezeichnen,

● **er wird – genau wie sein Vorgänger** – den in NRW herrschenden Zustand politischer Handlungsunfähigkeit als „das, was wir gemeinsam zuwege gebracht haben“ verkaufen – getreu seinem Motto, in der Koalition „offen, fair, aufgaben- und ergebnisorientiert“ arbeiten zu wollen.

Was Nordrhein-Westfalen von der SPD unter Führung von Müntefering und Clement zu erwarten hat, ist eine neue Schau-fenster-Dekoration, die von den alten Ladenhütern in den Regalen ablenken soll. Das „System Rau“ wird jetzt ersetzt durch das „System Politbüro“, das sich – von

Müntefering bereits angedroht – durch die Installation eines montäglichen SPD-“Parteipräsidiums“ zur Vorbereitung rot-grüner Kabinettsitzungen am Dienstag auszuzeichnen dürfte. Diese Pläne Münteferings sprechen für sein Mißtrauen in die Leistungsfähigkeit des Kabinetts Clement. Dieses Mißtrauen scheint berechtigt, denn

- wie soll eine Sanierung des Schulsystems mit Frau Behler vonstatten gehen,
- wie soll die Reform an den Hochschulen mit Frau Brunn gelingen,
- wie sollen Kindergärten, Maßregelvollzug, Landesjugendplan mit einem Minister Horstmann zukunftsfähig gemacht werden?

Mit kosmetischen Reparaturen und neuen Türschildern für die Ministerien ist kein grundlegender Politikwechsel zu bewerkstelligen.

Wer – wie Clement – der Landesregierung bereits länger als die meisten bisherigen Minister angehört und außerdem – wie Clement – bereits auf dem Sonderparteitag jegliche Schamfrist gegenüber der politischen Konkurrenz aufgegeben hat, kann von der Opposition keine „100 Tage“ Schonfrist verlangen.

Wir erwarten von Clement kein „Weiter so“, sondern eine neue Politik.

NRW braucht

- bessere Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt in NRW,
- grünes Licht für den Ausbau der Verkehrswege,
- die Weichenstellung für eine sichere, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Energieversorgung,
- eine Verschlinkung des Staates und Bürokratie-Abbau,
- bessere Bildungs- und Ausbildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen,

- eine solide und seriöse Finanzpolitik in NRW, zu der auch eine konsequente Privatisierung gehört,
- Vorrang für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik,
- mehr Sicherheit für alle Bürger,
- die Absage an die von den Grünen verordnete Öko-Diktatur und
- ein klares Ja im Bundesrat zur Steuerreform, die Bürger wie Unternehmen spürbar entlastet.

Mit diesen Forderungen an Clement macht die CDU deutlich, für welche Politik sie steht:

- für ein kinder- und familienfreundliches Nordrhein-Westfalen,
- für ein sicheres und bürgerfreundliches NRW,
- für ein mittelstands- und innovationsfreundliches NRW,
- für ein leistungsfreundliches NRW.

Dies ist die Meßlatte, die wir an das neue Kabinett anlegen. Die Erfahrungen mit drei Jahren Rot-Grün und mehr als 30 Jahren SPD in der Staatskanzlei lassen indessen befürchten, daß auch das nächste Kabinett bequem unter dieser Meßlatte hindurchlaufen wird!

Die Deutsche Post

verschickt in diesen Tagen bundesweit mehr als 21 Millionen Mitteilungen zur „Rentenanpassung 1998“ an die Rentempfänger. Der Versand wird Ende Juni abgeschlossen sein. Die veränderten Rentenbeträge werden erstmals für Juli 1998 ausgezahlt.

Die Rentendienstzentren der Deutschen Post leisten die erforderlichen Umstellungsarbeiten für die weitaus größte Zahl der Renten. Die Post arbeitet dabei mit den Versicherungsträgern zusammen.

Gesetzliche Krankenversicherung bleibt auf Stabilitätskurs

Zur Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Quartal 1998 erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

Nach Inkrafttreten der Gesundheitsreform Mitte letzten Jahres bleibt die gesetzliche Krankenversicherung auch im 1. Quartal 1998 auf Stabilitätskurs. Damit ist eine hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung unserer Bevölkerung gewährleistet. Gleichzeitig sind die Beitragsätze stabil, so daß von der gesetzlichen Krankenversicherung kein Druck auf die Lohnnebenkosten ausgeht.

In den alten und neuen Ländern blieben die Veränderungsraten bei den Leistungsausgaben unter den Veränderungsraten bei den beitragspflichtigen Einnahmen. Insgesamt stand einem geringfügigen Grundlohnanstieg von 0,8 v.H. je Mitglied gegenüber dem 1. Quartal 1997 nur ein minimaler Zuwachs der Leistungsausgaben von 0,1 v.H. gegenüber. In der GKV West gab es bei einem Grundlohnzuwachs von 0,9 v.H. einen Ausgabenanstieg von 0,3 v.H.; in der GKV Ost bei einem Grundlohnrückgang von -0,1 v.H. einen Ausgaberrückgang von -0,8 v.H..

Die praktische Stagnation der Leistungsausgaben zeigt, daß gespart wird. Sparsamkeit bleibt für alle Beteiligten im Gesundheitswesen eine Aufgabe der Zukunft. Allerdings gibt es für globale Einsparmaßnahmen ohne Verlust bei der Versorgungsqualität keinen Raum mehr. Diese Potentiale sind ausgeschöpft.

Zwar weisen die Krankenkassen im 1. Quartal 1998 insgesamt eine leichte Unterdeckung von rd. 580 Mio. DM aus - davon rd. 430 Mio. DM in der GKV West und rd. 150 Mio. DM in der GKV Ost.

Dennoch bestehen alle Voraussetzungen dafür, daß es - ähnlich wie im vergangenen Jahr - auch im gesamten Jahr 1998 zumindest zu einem ausgeglichenen Finanzergebnis kommt. Zum Vergleich: Im 1. Quartal 1997 hatte es in der gesetzlichen Krankenversicherung noch ein Defizit von -2,5 Mrd. DM (West -1,7 Mrd. DM, Ost -0,8 Mrd. DM) gegeben. Im gesamten Jahr 1997 gab es aber einen Überschuß von 1,1 Mrd. DM (West +1,4 Mrd. DM, Ost -0,3 Mrd. DM). Mit einem im Jahresverlauf zumindest ausgeglichenen Finanzergebnis muß schon deshalb gerechnet werden,

Auch 1998 ist mit einem ausgeglichenen Finanzergebnis zu rechnen.

weil die Krankenkassen erfahrungsgemäß im 2. Halbjahr durch verschiedene Einmalzahlungen deutliche Mehreinnahmen erzielen. Wenn die Disziplin aller Beteiligten anhält, könnte es - wie 1997 - in diesem Jahr sogar wieder zu einem Überschuß kommen.

Ohne die Zuzahlungserhöhungen der Gesundheitsreform, die der gesetzlichen Krankenversicherung eine jährliche Entlastung von rd. 5 Mrd. DM bringen, hätte das Defizit auch im 1. Quartal 1998 bei 1,5 bis 2 Mrd. DM gelegen.

Die Entwicklung des 1. Quartals verdeutlicht einmal mehr, daß wir es in der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem Einnahmeproblem zu tun haben. Die geringfügigen Anstiege bei den beitragspflichtigen Einnahmen im Westen und die Rückgänge im Osten machen dies deutlich.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Weichen sind gestellt: Schloß Eichholz entwickelt sich zum Zentrum europapolitischer Bildung

Programm mit zahlreichen Angeboten:

Zukunftsaufgaben und Reformvorhaben der Europäischen Union stehen zunehmend im Mittelpunkt der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz. Das soeben erschienene Programm nennt eine Vielzahl an Zielgruppen, Veranstaltungsthemen und -terminen.

Eine Auswahl:

für Lehrerinnen und Lehrer:

- Europa - Deutschlands Chance: Mit dem EURO sicher ins 21. Jahrhundert
2.9.-4.9.1998 (VA Nr. 229)
- Umbau - Vertiefung - Erweiterung: Die Europäische Union, ihre Mitglieder und Strukturen im nächsten Jahrhundert (mit Begegnungsprogramm in der Euregio Maas-Rhein)
6.9.-10.9.1998 (VA Nr. 234)

- Agenda 2000: Wegweiser für die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union

2.10.-4.10.1998 (VA Nr. 260)

- Kooperation und Integration - Die Einbindung der Staaten Mittel- und Osteuropas als Aufgabe der Europäischen Union

22.11.-25.11.1998 (VA Nr. 313)

für Journalistinnen und Journalisten:

- Agenda 2000: Wegweiser für die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union (VA-Orte: Lautenbach/Straßburg)

19.10.-22.10.1998 (VA Nr. 280)

für Soldaten der Bundeswehr:

- Europa und die USA - Die Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit

14.10.-15.10.1998 (VA Nr. 273)

- Sicherheit in und für Europa - Strukturen einer europäischen Sicherheitsarchitektur

4.-5.11.1998 (Va Nr. 300)

Vor dem Hintergrund der bis 1997 aufgelaufenen Verschuldung der GKV-Ost von 1,4 Mrd. DM kann daher Beitragssatzstabilität für die Versicherten in Ostdeutschland nur durch Finanztransfers aus den alten Ländern gewährleistet werden. Deshalb war das GKV-Finanzstärkungsgesetz notwendig. Die Betriebsmittel und Rücklagen von 7,745 Mrd. DM, die die Krankenkassen in den alten Ländern Ende

1997 noch aufzuweisen hatten, reichen nach Einschätzung aller Beteiligten aus, um die notwendigen Finanztransfers für die Versicherten in den neuen Ländern ohne Beitragssatzerhöhungen für die Versicherten in den alten Ländern zu finanzieren, da die Mindestrücklage der Krankenkassen in den alten Ländern von knapp 4 Mrd. DM um ca. 90 % überschritten wird. ■

Eine Arbeitszeitverkürzung würde vor allem den Mittelstand treffen

Zur Forderung von DGB-Chef Schulte nach einer weiteren Arbeitszeitverkürzung, erklärte das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der Mittelstands- und Wirtschaftsvereingung der CDU/CSU und Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Hansjürgen Doss:

Der DGB hat offensichtlich immer noch nicht verstanden, daß Arbeitsbewirtschaftung kein Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist. Das beste Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm wäre eine Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Deutschland hat ohnehin weltweit die kürzesten Arbeitszeiten und zudem in den vergangenen Jahren die Arbeitszeit kontinuierlich verkürzt. Wäre die DGB-These

richtig, hätte in gleichem Ausmaß die Arbeitslosigkeit sinken müssen. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.

Durch eine Verlängerung der Arbeitszeit würden unsere Produkte billiger, ohne daß die Arbeitnehmer weniger verdienen. Wir sind mit der ständigen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf dem Holzweg. Dies zeigt das Beispiel Baubranche. Wenn die Bauarbeiter eine Stunde An- und Abfahrt zu einer Baustelle haben, sind dies bei einer 5 Tage Woche 5 Stunden. Folglich bleiben dem Betrieb heute schon nur 33 Stunden an reiner Arbeitszeit. Bei einer weiteren Verkürzung auf 25 Stunden wären dies noch 20 Stunden.

Die Arbeitszeitverkürzung würde also vor allem den Mittelstand treffen.

Politisch schwach und parteipolitisch einseitig

Wem zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht viel mehr einfällt als der Weg zur 25-Stunden-Woche, der beweist, daß er das eigentliche Ziel schon gar nicht mehr recht vor Augen hat. Und er übersieht, daß es in den eigenen Reihen viele gibt, die auf betrieblicher Ebene gemeinsam mit den Arbeitgebern die Weichen längst in andere Richtungen gestellt haben. Es hätte dem Kongreß des DGB auch gut angestanden, hätte er sich in gleichem Maße, wie er sich der Parteipolitik wandte, auch den innergewerkschaftlichen Fragen gewidmet. In Düsseldorf wurde eine Vermutung bestätigt, die sich schon seit geraumer Zeit aufdrängt, daß die Gewerkschaften nicht wahrnehmen wollen oder können, daß

das im Jahre 1949 geschaffene Gewerkschaftsmodell einem sich beschleunigenden Erosionsprozeß unterworfen ist. Der Dachverband wird somit einer stetigen Schwächung unterworfen, und dieser Kongreß hat kaum

Kommentar

etwas getan, daß der DGB aus ihm gestärkt hervorgehen kann. Dabei wäre ein starker Dachverband notwendig, allein schon wegen des wirtschaftlichen Zusammenwachsens der europäischen Staaten. Stark aber bleibt nicht, wer die Aufgaben der Zukunft nur unentschlossen anpackt und wer sich parteipolitisch einseitig ausrichtet.

Deutschlandfunk vom 13. Juni

Argumente

Das Verhältnis der Parteien zu den Kirchen

Ausschlaggebend für die Wahlentscheidung am 27. September ist auch die Frage danach, in welcher Politik Christen sich und ihre Überzeugungen am besten wiederfinden.

Denn sie und die Gemeinden, in denen sie zu Hause sind, engagieren sich – dem Verkündigungsauftrag entsprechend – auf vielen Feldern des öffentlichen Lebens:

- in Schulen,
- Krankenhäusern,
- Kindergärten,
- bei der Betreuung alter und behinderter Menschen,
- mit Hilfen für Aussiedler, Flüchtlinge und Asylsuchende,
- in der Erwachsenenbildung.

Wie stehen die politischen Parteien zu den Großorganisationen Kirche, zu deren institutionellen, wirtschaftlichen und vor allem denjenigen Interessen, die sich aus dem christlichen Auftrag, dem kirchlichen Selbstverständnis und aus den geschichtlichen Bedingungen für das Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland ergeben?

Wichtige Kriterien für Antworten auf diese Frage: Die Haltung der Parteien

- zu den Verträgen, die Landesregierungen mit den Kirchen abgeschlossen haben;
- zur Kirchensteuer und
- zum Religionsunterricht.

CDU und CSU

- bejahen und respektieren die Rechtsstellung der Kirchen, wie sie in Konkorddaten und Staatskirchenverträgen festgeschrieben ist. Diese Verträge definieren die Kirchen als Partner des Staates und sichern die Rechte der Kirchen.

- CDU und CSU bejahen uneingeschränkt die Finanzierung der Aufgaben der Kirchen mit dem Instrument der Kirchensteuer.

- Sie treten dafür ein, daß der Religionsunterricht – in Übereinstimmung mit den Lehrmeinungen der Kirchen – als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen erhalten bleibt.

Die SPD

- schweigt zu den Themen Staatskirchenverträge und Kirchensteuer.

- Widersprüchlich ist ihre Position zum Religionsunterricht. In den Ländern, in denen die SPD für die Schulpolitik verantwortlich ist, gibt es beides: Erteilung des Religionsunterrichts im Sinne des Grundgesetzes, aber auch Abschaffung des Religionsunterrichts.

Seit 1996 ersetzt in Brandenburg das Fach „Lebensgestaltung – Ethik – Religion“ (LER) als Pflichtfach den herkömmlichen Religionsunterricht.

Überdurchschnittlich hoher Unterrichtsausfall führt in anderen SPD-regierten Ländern dazu, daß für viele Kinder und Jugendliche der Religionsunterricht entfällt.

Um sich der Verpflichtung zu entziehen, Religionsunterrichts-Stunden, wie es Grundgesetz und der schleswig-holsteinische Staatskirchenvertrag verlangen, nachzuweisen, hat das SPD-Kultusministerium in Kiel kurzerhand die Statistik über den Unterrichtsausfall abgeschafft.

Bündnis 90/ Die Grünen

- wollen die Staatskirchenverträge kündigen,
- die Kirchensteuer schrittweise abschaffen und

- den Religionsunterricht durch einen religions- und lebenskundlichen Unterricht für alle Kinder ersetzen.

Ein solcher Unterricht, "der dem kulturellen Wandel in der Gesellschaft Rechnung trägt", wäre gleichbedeutend mit der Ausdehnung des brandenburgischen Faches LER auf das ganze Bundesgebiet.

In den neuen Ländern

hat die Haltung der Parteien zu den Kirchen besonders weitreichende Folgen. Bei rückläufigen Kirchensteuereinnahmen wäre mit einer Abschaffung des Instruments der Kirchensteuer sogar die Weiterbeschäftigung kirchlicher Mitarbeiter gefährdet.

Die Kirchensteuer sichert nicht nur kirchliche Arbeitsplätze, sondern auch die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Diakonie und Caritas.

Zwei Fragen an den Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises (EAK), Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert:

Hat die Säkularisierung nicht längst auch die Union erreicht?

Jochen Borchert: Auch an der CDU und ihrer Anhängerschaft geht die Säkularisierung nicht vorbei, und selbstverständlich liegt in dieser Entwicklung eine Herausforderung für die „C“-Parteien. Eine wirkliche Herausforderung ist dieser Prozeß aber für unsere Kirchen. Ich frage mich z.B. oft, was es für die Zukunft der Kirchen bedeuten wird, daß heute eine Mehrheit der Kirchenmitglieder von ihrer Mitgliedschaft keinen Gebrauch macht.

Die CDU bekennt sich in ihrem „Zukunftsprogramm“ für die Bundestagswahl zum christlichen Menschenbild. Gehört dazu für eine Partei in der heutigen Zeit nicht sehr viel Mut?

Jochen Borchert: Nein! Die Orientierung am christlichen Menschenbild ist unaufgebbarer Teil des Selbstverständnisses der CDU. Allerdings müssen wir heute stärker deutlich machen, was wir darunter verstehen und welche Konsequenzen sich daraus für unser Handeln ergeben.

DER AUFSCHWUNG IST DA!

- Aktionsbestellschein -

Absender/ Rechnungsanschrift:

| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | |
|--|--|--|--|

CDU-Verband

LV/KV-Nr.

Ansprechpartner

Straße

Plz, Ort

Tel. Nr.

Bertelsmann-Distribution
Herrn Simon
Postfach 1164
33759 Versmold

Fax: 0228 / 544-372

Ja,
ich bestelle:

-Expl. Nr. 7429, Poster DIN A1
Der Aufschwung ist da - Schöne Ferien
zum Preis von 25,-- DM je 50 Expl.
-Expl. Nr. 7428, Poster DIN A0
Der Aufschwung ist da - Schöne Ferien
zum Preis von 50,-- DM je 50 Expl.
-Expl. Nr. 7397, Poster DIN A1
Neuer Aufschwung, neue Arbeit
zum Preis von 25,-- DM je 50 Expl.
-Expl. Nr. 7398, Poster DIN A0
Neuer Aufschwung, neue Arbeit
zum Preis von 50,-- DM je 50 Expl.
-Expl. Nr. 2403, Zeitungsfaltblatt *CDU aktuell* -
Neuer Aufschwung, neue Arbeit
zum Preis von 20,-- DM je 100 Expl.
-Expl. Nr. 4400, Leitfaden; Format DIN A4
Neuer Aufschwung, neue Arbeit
kostenlos, so lange der Vorrat reicht



CDU



Datum, Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Zukunftsprogramm

Beschluß des 10. Parteitags
der CDU

Broschüre, DIN A 5

Bestell-Nr.: 5363

Verpackungseinheit:

50 Expl.

Preis je 50 Expl.:

30,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und
Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

E-Mail:

georg.simon@bertels-
mann.de

*Bei Bestellungen bis zu ei-
nem Warenwert von 50 DM
wird eine Versandkosten-
pauschale in Höhe von 5 DM
erhoben.

Zukunfts- programm

der Christlich
Demokratischen
Union Deutschlands



CDU

UiD

20/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon:
(0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Pro-
fittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.